Antifaschistische Zeitung Kiel • Ausgabe Nr. 6 • August `89 • 2,-



NAZIS RAUS
...Z. BOCKENHEIM

Wie taktisch ist der Antifaschismus der SPD?

40 Jahre Bundesrepublik!

Die FAP im neofaschistischen Spektrum

Liebe LeserInnen

die Europawahl hat erneut bestätigt, daß das neofaschistische Lager im Aufschwung ist. Bundesweit nähert es sich der 1o%-Marke. Angesichts dieser Entwicklung müs= sen die AntifaschistInnen sich genau über die Ursachen verständigen und die bishe= rige und zukünftige Arbeit beraten.

In dieser Ausgabe der ATZE findet ihr da= her auch nur erste Überlegungen zu den Ergebnissen der Wahl im Bundesgebiet und in Kiel. Fatal wäre es jedenfalls, wenn (auch) wir die Tatsache, daß die REP es erst einmal geschafft haben, in Parlamen= te einzuziehen, zum Anlaß nähmen, sie "wie Demokraten" zu behandeln. Wenn das so wä= re, dann wäre die NSDAP von dem Augen= blick an, als sie 2o% und mehr der Stim= men auf sich vereinigen konnte, eine de= mokratische Kraft gewesen.

Eine Voraussetzung zur wirkungsvollen Be= kämpfung des Rechtsextremismus ist seine genaue Kenntnis. Daher veröffentlichen wir in dieser ATZE Neues von der FAP in Kiel und - erstmals in dieser Ausführ= lichkeit - Informationen über die REP im Norden.

Eine weitere Voraussetzung ist die kriti= sche Auseinandersetzung mit der eigenen Praxis und die Diskussion unter Antifa= schistInnen über mögliche Bündnispartner. Die antifaschistischen Aktivitäten vor der Europawahl bieten in dieser Hinsicht viel Lehrstoff, über den in verschiedenen Artikeln (S.4, 13, 31) berichtet wird.

Zu vermelden sind neben einem erneuten Anwerbeversuch durch den Verfassungs= schutz schwrere Angriffe der Justiz auf AntifaschistInnen in Hamburg. Über die Entwicklung in dieser Sache werden wir natürlich genau berichten.

Obwohl wir den Umfang dieser Ausgabe er= neut um vier Seiten erhöht haben - und deshalb auch beim Preis von 2.-DM blei= ben - , konnten wir nicht alle Artikel unterbringen. Artikel zum Wahlkampf der DVU in Schleswig-Holstein, zum Auftritt des EX-Generals Kießling in Kiel und zur Tagung des "Nordischen Rings" mussten aus Platzgründen entfallen.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, daß die ATZE auch im Abonnement erworben werden kann. Je soli= der die Finanzlage und je umfassender die Beteiligung der Bewegung an der Zeitung, desto eher kann der Erscheinungsryhtmus verkürzt werden....!!

Viel Spaß beim Lesen !!

Inhaltsverzeichnis



Atze

Antifaschistische Zeitung Kiel
Herausgeber: Antifaschistisches Plenum Kiel,
Schweffelstraße 6, 2300 Kiel
Auflage: 700
Ausgabe Nr. 6, August 1989
V.i.S.d.P.: T. Carstensen



Wehret den Anfängen der faſchiſtiſchen Horden! In Schleswig-Holſtein „regiert" die SPD allein. Einem Bericht aus dieſem Muſterland höchſter ſozialdemokratiſcher Regierungskunſt entnehmen wir:

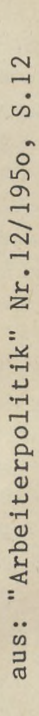
Auch in Mölln iſt der Faſchiſt Remer, der ſich noch heute rühmt, die Leute vom 20. Juli 1944 ans Meſſer geliefert zu haben, aufgekreuzt. Ein aus der KPD ausgeſchloſſener Kommuniſt wurde von mehreren „Zuhörern" der Verſammlung vom Pult gezerrt und überfallen. Der Genoſſe ging wieder hinauf und verſuchte, ſeine Diskuſſionsrede zu Ende zu führen. 7 herbeigeeilte Poliziſten entfernten den kommuniſtiſchen Arbeiter erneut vom Podium, der wieder hinauf ging, bis er von der Polizei überwältigt wurde. Über 30 Kriminal- und Schutzpoliziſten aus Ratzeburg und Mölln ſchützten dann den weiteren Ablauf der Verſammlung.

Der „Ordnungsdienſt" des Herrn Münchow iſt hier alſo ſchon in Aktion getreten. Jeder OD-Mann muß wenigſtens Unteroffizier geweſen ſein. Krankenkaſſe, Anwaltskoſten und Einſatz regelt die Leitung, die ſich allen bürgerlichen Parteien für den Saalſchutz offeriert. Ausgerüſtet ſind ſie mit Polizeiknüppeln oder Schlagringen. Sie erhalten die vollen Fahrtkoſten und 8,- DM für jeden Einſatz.

Wichtig iſt die Rolle der Polizei im ſozialdemokratiſch regierten Schleswig-Holſtein. So ſcharf ſie gegen die FDJler vorging, ſo ſcharf gegen den kommuniſtiſchen Genoſſen Macheleit, ſo ſchonend ſtellt ſie ſich vor die Faſchiſten. Daraus gilt es zu lernen und ſich nicht länger auf Regierungen und „demokratiſche" Polizeiorgane zu verlaſſen, ſondern zu organiſierter Selbſthilfe aller Arbeiter zu ſchreiten.

Wirkliche kommuniſtiſche Arbeiter in Geeſthacht haben nun die Lehren aus dem Vorgehen der OD-Leute und Remers in Mölln gezogen. Da eine Remer-Verſammlung auch in Geeſthacht geplant iſt, haben ſie alle Werktätigen aufgefordert, in proletariſcher Einheitsfront zuſammenzuſtehen und Remer und ſeinen Söldnern die gebührende Antwort zu erteilen.

Die Schacht, Remer, Hedler werden wieder frech. Paßt auf, Proleten, ſonſt iſt's zu ſpät!



40 Jahre Bundesrepublik - jedenfalls keine 4o Jahre der entschiedenen Bekämpfung des Neofaschismus: Otto Ernst Remer hatte am 2o.Juli 1944 als Kommandeur des Wachbataillons Berlin die Verschwörung der Generäle gegen Hitler mit zerschlagen. Darauf ist er noch heute stolz. Seine faschistische Tätigkeit setzte er seitdem ununterbrochen fort: erst in der 1953 verbotenen "Sozialistischen Reichspartei", später u.a. in der von ihm gegründeten "Deutschen Freiheitsbewegung".

(Der im Text erwähnte "Ordnungsdienst" war eine Schlägertruppe der Deutschen Reichspartei, die in Schleswig-Holstein vom DRP'ler Münchow aus Schleswig aufgebaut und kommandiert wurde.)

Hitlers Geburtstag - ein Erfolg für uns?

Großspurig hatten bundesdeutsche Neonazis für den 2o.April 1989, den loo.Geburtstag des Kriegsverbrechers Adolf Hitler, vielfältige Aktivitäten angekündigt. Diese sollten Abschluß und Höhepunkt langjähriger Vorbereitungen sein.

Um zu verhindern, daß Neonazis diesen Anlaß zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen, besonders auf Straßen und öffentlichen Plätzen, nutzten, hatten sich auch AntifaschistInnen in Schleswig-Holstein vorbereitet. Wider allgemeiner Erwartungen blieben am 2o.April jedoch Aufmärsche der Neofaschisten in größerem Stil aus.

.... im Hintergrund: das KAH

Die Vorbereitungen der Neonazis wurden vom "Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum loo.Geburtstag Adolf Hitlers" (KAH) gesteuert. Es wurde Ende Mai 1984 aus der Taufe gehoben, als der bundesdeutsche Neonazi Michael Kühnen während einer Spanien-Reise den belgischen Altnazi Leon Degrelle traf. Mit gleichgesinnten Organisationen in Spanien, Belgien, Irland, Frankreich, Schweden, den Niederlanden und Österreich war die Herstellung von Plakaten, Flugblättern und Aufklebern in vier Sprachen vorgesehen.

Doch die Öffentlichkeit bekam von den Feiern der Neonazis kaum etwas mit; hier und da kleinere Aufmärsche, Treffen oder Aktionen - wie die kurzfristige Besetzung des Essener dpa-Büros - , aber keine große, spektakuläre Aktion. War das alles ? War dafür das KAH gegründet worden ?

Das Komitee hatte noch zwei weitere wichtige Aufgaben zu erfüllen:

- Es sollte den Aufbau einer europäischen Nazi-Bewegung unterstützen. Zu diesem Zweck hatte Kühnen ebenfalls im Jahre 1984 das Blättchen "Unser Europa" gegründet. Darin finden sich Aktionsberichte von Nazi-Organisationen vieler Länder. Mit der erneuten Inhaftierung Kühnens stockte jedoch dieses Vorhaben.
- Das KAH in der Bundesrepublik diente außerdem dazu, die Befehlsstrukturen nach dem Verbot der ANS/NA Ende 1983 aufrecht zu erhalten. Die "Dienstvorschrift für Rhein-Westfalen" legt z.B. das Verhältnis zur FAP, zur Wiking-Jugend usw. wie folgt fest: "Die Bewegung verfügt in Rhein-Westfalen über verschiedene Organisationen und Parteien. Die internen Befehlsverhältnisse ergeben sich nur aus dem Organisationsschema des 'KAH', das in dieser Dienstvorschrift erklärt ist, und keinesfalls aus der Stellung in der jeweiligen Organisation oder Partei."

Auch wenn also das KAH mit verschiedenen Aufgaben betraut war, so mußte angesichts des Jubiläums und der langen Vorbereitungszeit mit Aktionen jeder Art gerechnet werden.



AntifaschistInnen aktiv

Schon Wochen vorher schwirrten Gerüchte in Schleswig-Holstein umher, daß Neonazis und Skinheads in Flensburg ein größeres Treffen abhalten wollten. Dort hatte es bereits 1986 einen Skinhead-Aufmarsch gegeben; für dieses Jahr waren die Informationen jedoch recht vage. Und da von antifaschistischer Seite der Geburtstag des Kriegsverbrechers nicht breitgewalzt werden sollte, wurde in Flensburg eine Demonstration angemeldet, bei der antifaschistische Inhalte im Mittelpunkt standen.

Bis zum 2o.April blieb unklar, ob und wo in Schleswig-Holstein Nazis Aktionen machen würden. In Kiel einigten sich die AntifaschistInnen auf ein flexibles Vorgehen. Zu verschiedenen Zeiten wurden Treffs vereinbart, um auch kurzfristig zu Orten fahren zu können, an denen Faschisten in größerer Zahl auftreten. Dieser Fall trat jedoch nicht ein.

Kieler AntifaschistInnen beteiligten sich daher zunächst an einer von der Stadt-Antifa in Neumünster durchgeführten Demonstration. Über 4oo Menschen, unter ihnen erfreulicherweise sehr viele Schüler und Schülerinnen, beteiligten sich. Der örtlichen Tageszeitung "Holsteinischer Courier" war diese für Neumünster beachtlich große Demo kein Wort Berichterstattung

wert. Von dort aus wurde dann gemeinsam nach Flensburg gefahren - nicht ohne vorher zu prüfen, ob sich nicht bereits anderswo Neonazis sammelten.

Demonstration in Flensburg

Die Demonstration in Flensburg begann mit Redebeiträgen von VertreterInnen des DGB, des SSW und des örtlichen Antifa-Bündnisses. Der DGB-Kreisvorsitzende Hermann Spieker führte u.a. aus: "..... Die deutschen Faschisten haben sich den Arbeitern als Nationalsozialisten angebiedert. Als Vertreter des deutschen, des wahren Sozialismus. Aber ihre wirklichen Ziele waren identisch mit den Zielen des Finanzkapitals ..... 'Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch'. Brechts Satz bleibt aktuell, solange nicht dem Übel an die Wurzel gegangen wird, und darum sag ich: Wer nein sagt zum Faschismus und ja zum Kapital, der hat entweder die Zusammenhänge nicht begriffen oder aber er gehört zu denen, die wir bekämpfen müssen." Zunächst 5oo, später an die 1ooo Menschen demonstrierten dann durch die Innenstadt Flensburgs. Zu einer kurzen Auseinandersetzung kam es mit etwa fünfzehn betrunkenen Faschisten, die sich an der Demonstrationsroute aufgebaut hatten und - von der Polizei geschützt - ihre faschistischen Parolen gröhlten. Die Demonstration endete am Südermarkt, wo es erneut zu kleineren Auseinandersetzungen mit zum Teil sehr jungen Nazis kam. Anschließend fuhren die Kieler AntifaschistInnen nach Kiel zurück.

Trotz Erfolg kein Grund zur Zufriedenheit

Die vorher in Schleswig-Holstein umherschwirrenden Gerüchte bewahrheiteten sich also nicht. Nur in Flensburg und Kellinghusen waren etwa 15-3o Neonazis auf den Beinen - soweit sie nach reichlich Alkoholgenuß noch tragen konnten. Vereinzelt kam es zu Klebeaktionen. In Rendsburg wurden von der Polizei vier Typen vor der ehemaligen Synagoge gesichtet.

Trotz der gelungenen Demonstrationen und der guten Organisation können die antifaschistischen Aktivitäten nicht zufrieden stellen.

Viele Boulevardzeitungen hatten sich des 1oo. Geburtstags auf ihre Art angenommen. Mit großen Schlagzeilen transportierten sie die Drohungen von Neonazis gegen EinwanderInnen in Millionen Haushalte. Das so entstandene Gefühl der Einschüchterung und Hilflosigkeit führte dazu, daß viele türkische Eltern ihre Kinder mehrere Tage nicht in die Schule gehen liessen. So erreichten die Neonazis mit geringem eigenen Aufwand 1 Tag "ausländerfreie" Klassen. In Hamburg triumphierte die dort vor kurzem gegründete "Nationale Liste" in ihrer Zeitung "INDEX" denn auch: "... war der 2o. April 1989, der 1oo. Geburtstag Adolf Hitlers, kein Tag wie jeder andere. Ein Feiertag war er zwar nur für eine (noch) sehr kleine Minderheit. Arbeits- oder schulfrei hatten aber in Hamburg auch massenhaft Leute, die mit Adolf Hitler überhaupt nichts im Sinn haben... Ob nächstes Jahr der 2o. April von Seiten der Behörde gleich ein schulfreier Tag bleibt?!"

Das Verhalten der Behörden und der meisten Schulleiter in diesem Jahr läßt dies gar nicht einmal unwahrscheinlich erscheinen. Besorgten Eltern und LehrerInnen war von oben der Tip gegeben worden, die Kinder doch "zu Hause zu lassen". Anstatt also den Gewaltandrohungen der Neonazis offensiv entgegenzutreten und den Schulbesuch aller Kinder zu sichern, wurden Passivität und Ohnmacht noch enorm verstärkt. Den vorläufige Gipfel in dieser Angelegenheit stellt die Antwort des Kieler Amts für Schulwesen auf eine Kleine Anfrage der Kieler Ratsfraktionen von SPD und GRÜNEN dar. Diese bemühten sich, Ausmaß und Auswirkungen der Drohungen zum 2o. April festzustellen. Die Antwort erweckt den Eindruck, als sei an jenem Tag eigentlich nichts Besonderes vorgefallen bzw. die Drohungen im Nachhinein im Unterricht besprochen worden. Diese Antwort macht erneut deutlich, daß sich städtische Körperschaften nur äußerst selten Aktivitäten oder Drohungen von Faschisten offensiv entgegenstellen. Um so wichtiger wäre es gewesen, wenn AntifaschistInnen auch in Kiel am 2o. April eine Demonstration durchgeführt hätten, um das Klima von Ohnmacht und Hilflosigkeit zu brechen.

GEGEN NAZIS

Neues von FAP und N.S.

Schon in den letzten Ausgaben der ATZE berichteten wir über FAP in Kiel. In den letzten Wochen haben sich auch die "Kieler Nachrichten" mit der FAP beschäftigt. So erschienen Ende Mai zwei Artikel, die sich mit den Anwerbeversuchen von Neofaschisten an Kieler Schulen und dem Besuch Michael Kühnens in Kiel befassten. An einer gründlichen und regelmäßigen Berichterstattung haben die KN kein Interesse; sie interessiert das Thema nur als Aufmacher. Wir wollen jedoch diesen Anlaß nutzen, um die letzten Entwicklungen bei den Neonazis von FAP bzw. N.S. zusammenzufassen.

Anfang November fand in Stuttgart der Bundesparteitag der FAP statt. Auf diesem wurde der langjährige Vorsitzende Martin Pape abgewählt und durch Friedhelm Busse ersetzt (vgl. ATZE Nr.4 Dezember 1988). Pape versucht inzwischen Busse dieses Amt streitig zu machen. An diesem Parteitag nahmen auch Kieler Neonazis der "Nationalen Sammlung" teil.

Diese N.S. führte in Kiel mehrfach Propagandaaktionen durch; Schwerpunkt dabei war Kiel-Mettenhof. Dort wurden etwa im Februar, aber auch noch im Juni 1989, also nach dem Verbot dieser Gruppierung durch den Bundesinnenminister, rassistische Aufkleber und N.S.-Werbeplakate geklebt.

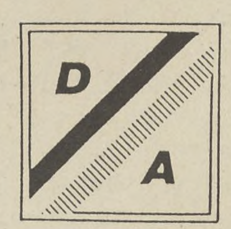
Zu den verklebten Plakaten gehört auch das nebenstehend abgebildete der "Antizionistischen Aktion". Diese Gruppe hat ihren Sitz in München; presserechtlich verantwortlich zeichnet Harald Pohl, das Spendenkonto läuft auf den Namen des in Gauting bei München gemeldeten Manfred Gotzler. Dieser war bis in die frühen 80er Jahre bei der Jugendorganisation der NPD, den "Jungen Nationaldemokraten", und gehört jetzt zur FAP. Mit diesem Plakat, das rund um den Kurt-Schumacher-Platz in Mettenhof recht oft geklebt wurde, versuchen die Neofaschisten offenbar Jugendliche anzusprechen, die gegen die zionistische Politik der Israelis in Palästina sind.

Neben dem Versuch, an den Schulen Kiels weitere Mitglieder zu gewinnen (vgl. den Artikel in dieser ATZE), versucht die FAP bzw. N.S. in Kiel ihr Organisationsgefüge auch anderweitig zu stärken. Am 6.Mai, so die "Kieler Nachrichten" vom 26.Mai 1989, war Michael Kühnen in Kiel-Friedrichsort und hielt dort vor etwa 80 Zuhörern eine faschistische Propagandarede. Kühnen, der unseres Wissens bereits am 21.Dezember



1988 zu einem Besuch in Kiel war, unterstützte mit diesem zweiten Besuch innerhalb kurzer Zeit den Aufbau der Kieler Ortsgruppe der N.S.-Nachfolgeorganisation "Deutsche Alternative/ Die nationale Protestpartei". Diese war am 5.5.89 in Bremen als Nachfolgeorganisation der dortigen FAP von Heinz Seeger gegründet worden. Seeger war erst im November 1988 aus dem Knast entlassen worden.

Die große Zahl von Besuchern dieser geheim vorbereiteten Veranstaltung deutet darauf hin, daß auch FAP'ler und andere Neonazis von außerhalb Kiels angereist waren. Ob die Kieler Ortsgruppe die Fahne, die sie von Kühnen überreicht bekam, in der Öffentlichkeit zu zeigen wagt, bleibt abzuwarten.



DEUTSCHE ALTERNATIVE

- Die nationale Protestpartei -

Die Bundesgeschäftsstelle

Postanschrift: Heinz Seeger, Postfach [redacted] 2800 Bremen 1

Telefon (04 21) [redacted]

Bleibt noch zu erwähnen, daß der für den Kreisverband Kiel der FAP presserechtlich verantwortliche Matthias Schnoor nicht nur bei der DVU-Veranstaltung in Flens= burg gesehen wurde, sondern auch einen Tag später in der Nähe der Kieler Haupt= post, als er eine Kundgebung des ANTIFA= SCHISTISCHEN BÜNDNISSES KIEL beobachtete. Bevor er in einem Bus davonfuhr, fing er sich noch einige Schellen von beherzten AntifaschistInnen ein.

Glimpflicher kam er Anfang August vor dem Kieler Amtsgericht weg. Schnoor, zur Zeit in Plön bei der Bundeswehr, sollte laut Anklage im Januar 1988 die Scheiben des ZAPATA-Buchladens eingeschlagen haben.Ob= wohl kaum Zweifel daran bestehen, daß die FAP-Leute die Zerstörungen verursacht ha= ben (vgl. ATZE Nr.4 vom Dez.'88, S. 3), wurde Schnoor vom Richter freigesprochen.



Matthias Schnoor vor dem "Deutschen Haus" in Flensburg

Die FAP im neofaschistischen Spektrum

Wahlen zum europäischen Parlament 1989: über 2 ooo ooo Menschen gaben den REPUB= LIKANERN ihre Stimme, knapp 2o ooo der FAP. Ist es angesichts dieses Verhältnis= ses verantwortbar, sich derart oft mit dieser Organisation zu befassen, wie wir es in der ATZE getan haben ?!

Die Bedeutung der FAP - oder wie der Zusammenschluß des militanten NS-Lagers jeweils heißen mag - ist mit der von DVU/NPD oder REP nicht zu vergleichen. Ihre Stellung im rechtsextremisti= schen Spektrum läßt sich kaum aneinander messen. DVU/NPD und noch mehr die REP ge= ben sich als "verfassungstreue" Variante des bundesdeutschen Neofaschismus. Ihr wesentliches Betätigungsfeld ist z.zt. neben der Propaganda und Schulung vor al= lem die erfolgreiche Wahlteilnahme. Die Bedeutung der FAP liegt woanders.

FAP - keine Wahlpartei

Die vergleichsweise geringe Zahl der Wäh= lerInnen, die in den letzten Jahren der FAP ihre Stimme gegeben haben, kann kaum dazu dienen, ihr absolute Bedeutungslo= sigkeit zu bescheinigen. Das von ihr in Anlehnung an die frühere NSDAP verfolgte Konzept der Massenmobilisierung durch die Verbindung einer legalen Partei mit dem Mittel des gesteigerten Straßenterrors findet zur Zeit nur wenig Unterstützung. Der offene Bezug zu Symbolen und Formu= lierungen der Nazi-Diktatur wird von den meisten Neofaschisten zur Zeit vermieden. Stattdessen soll ein in den Aussagen und Formeln modern aufgemachter Faschismus den Menschen Lösungen für ihre sozialen Probleme einreden.

Demgegenüber ist ein wesentlicher Schwer= punkt der heutigen Praxis von FAP und an= deren militanten Neonazis die gewaltsame Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Systematische Schulung für den Strassenkampf und in sog. "Wehrsportgrup= pen" sind fester Bestandteil der Organi= sationsarbeit. Und die Anwendung des Ge= lernten gehört ebenfalls dazu. Davon zeu= gen die Überfälle und Anschläge auf Aus= länderInnen, Linke, GewerkschafterInnen, Punks usw.

Die Politik militanter Neonazis soll ein= schüchtern, soll Stärke demonstrieren, soll zeigen, daß man der rassistischen Forderung "Ausländer raus" Nachdruck ver= schaffen will/wird.

Keine Verbindungen zu NPD, DVU und REP ?!

Diese Organisationen bemühen sich in der Öffentlichkeit nach Kräften darum, mit militanten Neonazis und der FAP nicht in einen Topf geworfen zu werden. Sie gren= zen sich in Worten ab, um sich selbst den Anschein "demokratischer Parteien" zu ge= ben. Dabei ist es längst kein Geheimnis mehr, daß die meisten militanten Neonazis und besonders ihre Führungsleute durch die Schule der NPD gegangen sind:

- Volker Heidel: zwischen 1975 und 1977 NPD-Funktionär in Hannover, später in der "Volkssozialistischen Bewegung" und der FAP aktiv; mehrere Haftstrafen.
- Friedhelm Busse: Ex-Vorsitzender der "Jungen Nationaldemokraten" in Bayern; später Chef der VSBD; nach mehrjähriger Haftstrafe jetzt FAP-Vorsitzender.
- Berthold Dinter: 198o und 1983 Bundestagskandidat der NPD; Herausgeber des FAP-nahen Blattes "Wehr dich" und Anmelder der jährlichen Heß-Demonstrationen in Wunsiedel.
- Willy Wegner; früher NPD, dann ANS und FAP-Landesvorsitzender in Hamburg; mehrere Haftstrafen.

Diese wenigen Beispiele mögen hier genügen, um die Bedeutung der NPD als "Durchlauferhitzer" zu veranschaulichen. Ein bedeutender Teil der Anhänger und Funktionäre der NPD sympathisiert mit der militanten Szene und ist zum Teil selbst dort aktiv. Und auch heute noch setzen NPD und DVU militante Neonazis und Skinheads gerne als Schlägertrupps bei Großveranstaltungen ein.

Faschisten sind sie alle !!

Daß das Verhältnis der NPD zu den militanten Neonazis - trotz manchmal scharfer verbaler Abgrenzung - insgesamt unproblematisch ist, verwundert indes kaum; zu nahe ist man sich in politischen Fragen.

Ob NPD, REP, DVU oder FAP - ihre Politik fußt auf einem biologistischen Grundverständnis, nach dem Menschen aus unterschiedlichen Schichten und Kulturen von Natur aus mehr oder weniger stark und überlebensfähig sind. In Verbindung mit der Vorstellung einer Volksgemeinschaft stellt die rassistische Hetze eines der wichtigsten Agitationsbereiche der Neofaschisten dar; Großdeutsches Machtstreben und Antikommunismus fliessen zu einer friedensgefährdenden Mischung zusammen. Ebenso feindlich stehen sie den sozialen und gesellschaftlichen Gleichberechtigungsbestrebungen der Frauen gegenüber.

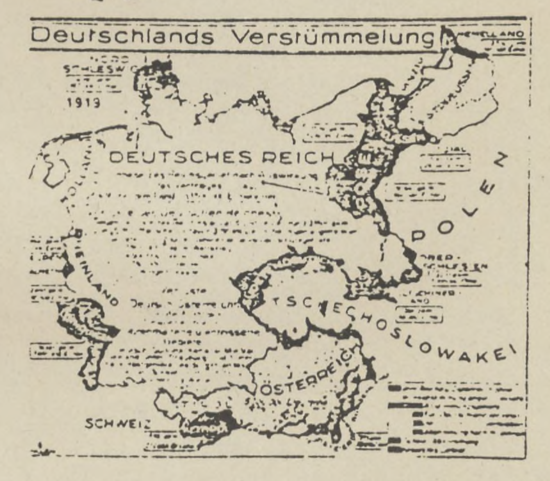
Der Kern der von diesen Organisationen vertretenen Politik ist gleich. Darüber können zeitweise unterschiedliche Schwerpunktsetzungen genausowenig hinwegtäuschen wie eine geänderte Fassade oder verbale Abgrenzungen.

Arbeitsteiliges Vorgehen

Trotz der weitestgehenden Übereinstimmung bei den Inhalten gibt es auch tatsächliche Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten. Diese betreffen z.b. Fragen der Taktik und der Organisationsform sowie - ganz wichtig - den Führungsanspruch der verschiedenen Chefs. Auch dies macht also das Bild der Abgrenzung und Zerstrittenheit aus, das in der Öffentlichkeit vorherrscht.

Gleichzeitig nützt die spezielle Art jeder Nazi-Organisation den anderen; auf den Nutzen, den die offen gewalttätigen Gruppen aus der NPD als "Schule" ziehen, haben wir oben bereits hingewiesen. Die NPD ihrerseits bedient sich der militanten Neofaschisten als Schlägertruppe, ja





FAP, DVU und NPD luden gemeinsam zum 17.Juni 1985 in die Gaststätte "Im Tönnchen" in Mönchengladbach

nicht selten gliedert sie die vorwiegend innerhalb der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) bestehenden militant-terroristischen Zirkel in der Partei gerade dort aus, wo es Gruppen der FAP oder ähnliches gibt.

Der militant-terroristische Flügel des bundesdeutschen Neofaschismus ist keineswegs <u>das</u> Zentrum. Er ist jedoch fest eingebunden in das Geflecht aus Organisationen, Zeitschriften und Treffen. Als AntifaschistInnen sind wir gezwungen, uns mit dieser Strömung herumzuschlagen, weil wir unmittelbar mit dem Terror konfrontiert

werden und unsere politischen Arbeitsmög= lichkeiten verteidigen müssen. Die FAP und ihr Umfeld dürfen in ihren Möglich= keiten nicht überschätzt werden; anderer= seits darf unter Verweis auf das ver= gleichsweise schlechte Abschneiden bei Wahlen die Entwicklung dieser Strömung im bundesdeutschen Neofaschismus auch nicht verharmlost werden.



Gegendemonstration gegen den NPD-Landesparteitag in Schweinfurt (9.7.1983)

Meldungen

Johnny Klein und die Waffen-SS

Hans Klein (CSU) ist seit einigen Monaten neuer Sprecher der Bundesregierung. In dieser Eigenschaft hatte die Zeitschrift QUICK ihn zum Interview gebeten. Dabei wurde deutlich, daß er sich dem Motto des früheren CDU-Bundeskanzlers Erhard ver= pflichtet fühlt: "Der Bürger muß Bescheid wissen."

Seitdem wissen wir, daß der Oberbürger= meister-Kandidat für München die Waffen-SS nicht für Verbrecher, sondern für eine kämpfende Truppe - etwa vergleichbar der Nazi-Wehrmacht - hält. Mal abgeseh= en davon, daß auch unzählige Wehrmachts= einheiten an grausamen Verbrechen betei= ligt waren; die Waffen-SS wurde 1946 vom Internationalen Militärtribunal in Nürn= berg zu einer verbrecherischen Organisa= tion erklärt. Sie bestand laut Reichsge= setzblatt von 1938 "aus nach den Grund= sätzen der SS ausgewählten Männern". Für Hitler war die Waffen-SS eine Staatstrup= pen-Polizei, die in jeder Situation be= fähigt sein sollte, "die Autorität des Reiches im Innern zu vertreten und durch= zusetzen." Daher seien in ihre Reihen die Männer "besten deutschen Blutes" aufzu= nehmen, die "sich ohne jeden Vorbehalt mit der das Großdeutsche Reich tragenden Weltanschauung" identifizieren.

Angehörige der Waffen-SS haben z.B. als Mitglieder der sog. "Einsatzgruppen" hin= ter der Front in der Sowjetunion Zehntau= sende wehrloser Zivilisten niedergemetz= elt. Im französischen Oradour gehörte ein Bataillon des Waffen-SS-Regiments "Der Führer" zu den Mördern von 642 Menschen. Allein 5oo Frauen und Kinder wurden in der Kirche des Dorfes lebendig verbrannt. Gehören solche Verbrechen zu Kriegshand= lungen ??

Rassistischer Mord in Westberlin

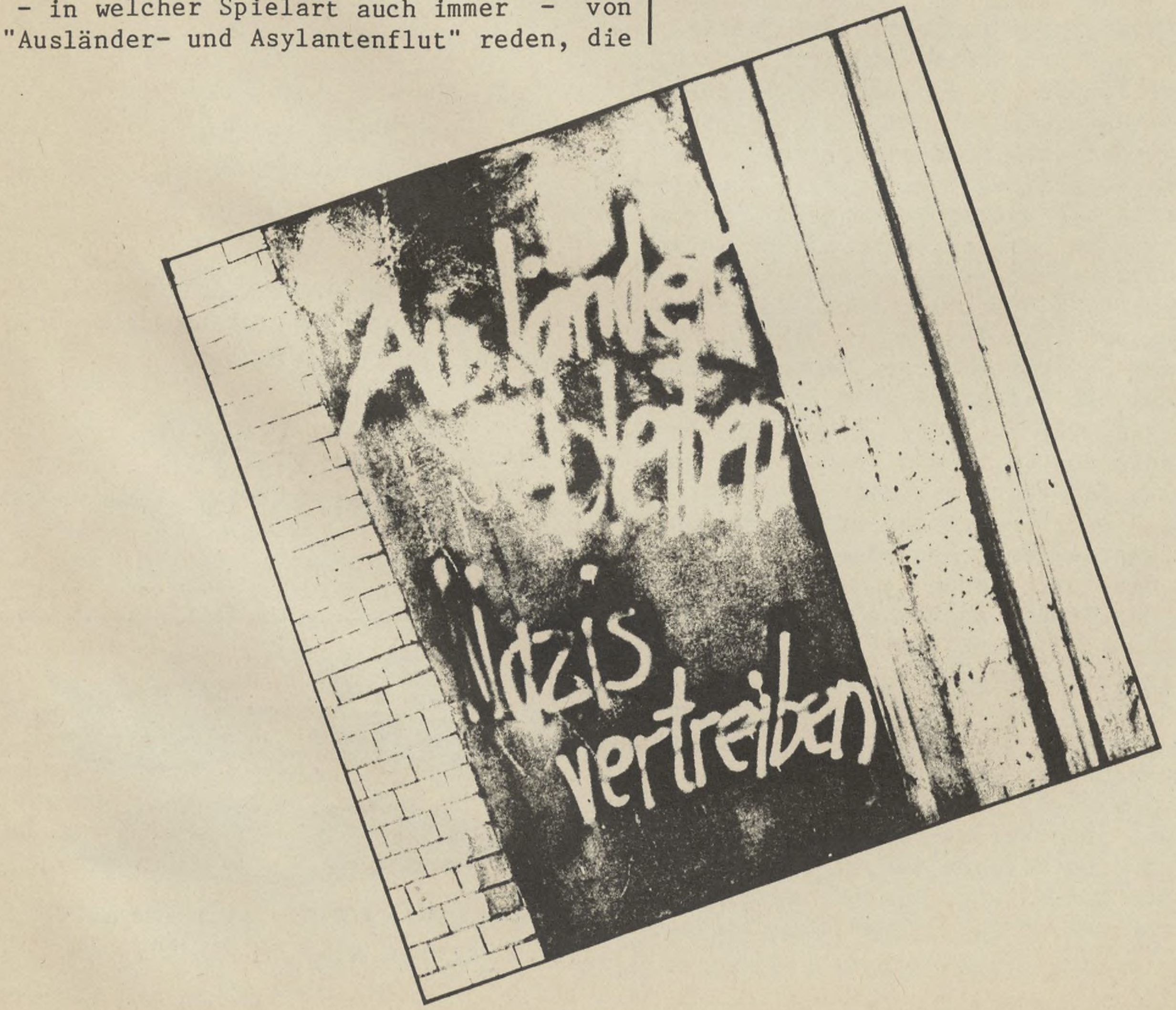
Am 12.Mai wurde erneut ein Mensch aus der Türkei Opfer des in der Bundesrepublik weit verbreiteten Rassismus. Ufuk Sahin wurde zunächst von einem deutschen Mann, ebenfalls aus dem Hochhausghetto Märkisches Viertel, mit rassistischen Sprüchen angepöbelt; schließlich starb er an der ihm mit einem Messer zugefügten Stichwunde.

Nach Angaben der Polizei ergab eine Wohnungsdurchsuchung keine Hinweise darauf, daß der Deutsche einer rechtsextremistischen Vereinigung angehört. Diese Verlautbarung zu glauben, fällt jedoch sehr schwer. Fast endlos wäre eine Liste, wo sich hinter der "Einzeltäter"-Lüge offizieller Stellen enge Verbindungen zum organisierten Neofaschismus nachweisen lassen.

Doch nehmen wir einmal an, die Angaben der Polizei träfen in diesem Fall tatsächlich zu. Ohne die individuelle Schuld verharmlosen zu wollen: der Tod von Ufuk Sahin geht auf das Konto derjenigen, die - in welcher Spielart auch immer - von "Ausländer- und Asylantenflut" reden, die Sondermassnahmen für unsere ausländischen KollegInnen oder deren Verschärfung fordern, weil ihnen die gegenwärtigen noch nicht scharf genug sind. Sie sind verantwortlich, die ein Klima der Ausgrenzung und des Hasses schaffen.

Der alltägliche Rassismus hat viele Gesichter: Entrechtung, soziale Schlechterstellung, offene Gewalttätigkeiten, mündliche Einschüchterungen und Drohungen, gesellschaftliche Isolierung, schlechtere Versicherungstarife, ...

Wer diesen Rassismus schürt, kann sich nicht glaubhaft von seinen Folgen distanzieren ..... !!



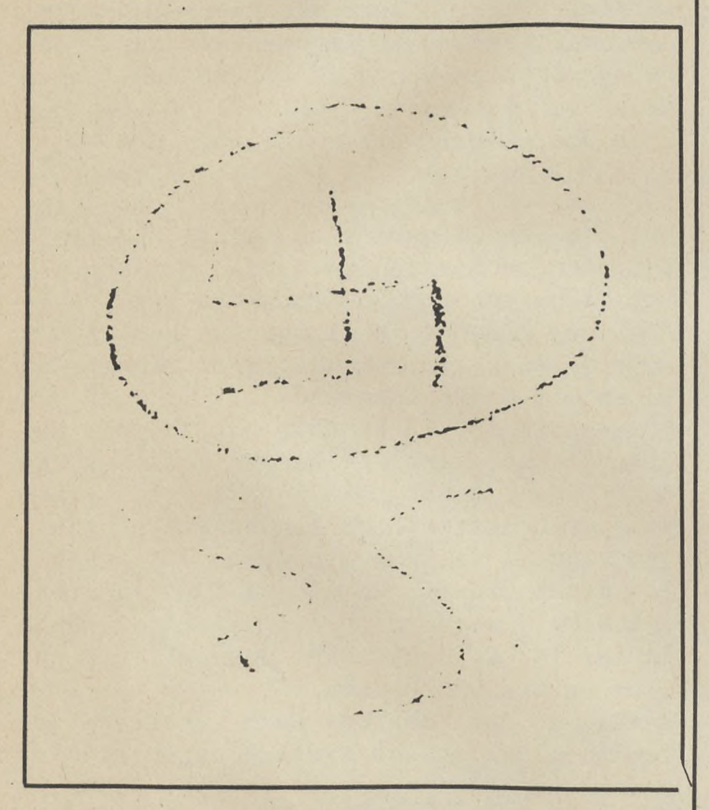
Neonazis an Kieler Schulen

Am 22. 5. 89 erschien in den Kieler Nachrichten ein größerer Artikel über die Anwerbemethoden von Neonazis an Kieler Schulen. Gemeint war in diesem Fall die FAP. Ein 13jähriger Realschüler berichtet daß am Anfang..." der Typ aus meiner Klasse unheimlich nett zu mir"... war. ..." Erst nach einigen Monaten hat er dann manchmal so komische Sachen gesagt vom heiligen Deutschland und vom Endsieg"... Auf einer Party hätten sie dann ein Videospiel gemacht, daß Judenjagd oder so ähnlich geheißen habe. Da von Flugblättern und Kameradschaftsabenden erzählt wurde, ist der Schüler überzeugt, daß eine Organisation dahintersteckt.
Laut KN haben andere Jugendliche offenbar ähnliche Erfahrungen gemacht, wobei die Anwerbeversuche nach einem bestimmten Schema vorzugehen scheinen. ..."Man sucht sich in erster Linie männliche Jugendliche aus. meist Außenseiter und versucht durch Freudschaftsdienste ihr Vertrauen zu gewinnen. "... Dieses Vorgehen deckt sich auch mit dem beschriebenem aus einem Papier aus dem "Gau Niedersachsen" mit dem Titel "Leitlinien für die Politische Arbeit an der Schule", in dem es unter anderem heißt: ..."Schon aus diesem Grunde ist es notwendig, sich an bestimmte Regeln zu halten und die Arbeitsweeise darauf einzurichten. Jede Kameradin und jeder Kamerad hat in erster Linie auf die Probleme der Schüler einzugehen und sich gegenüber jedem offen zu zeigen, der sich auf der Suche nach politischen Zielen befindet und diese noch nicht gefunden hat. Hierzu gehört auch, sich um die Alltagsprobleme der Mitschüler zu kümmern und ihnen dabei nach Möglichkeit zu helfen. Hier kann dann ab und an die Politik in die Gespräche mit einfließen, aber zuviel Eifer schadet nur. Der Schüler oder die Schülerin ist auf die Dauer nach Möglichleit dazu zu bewegen, an einem Treffen der Kameradschaft teilzunehmen, dieses aber erst dann, wenn die Zeit dazu reif ist"...

Sensationsjournalismus oder
korrekte Information ??

Der KN Artikel legt nahe, aber läßt offen ob es den Nazis gelungen ist SchülerInnen denn auch tatsächlich anzuwerben, was nach unserer Einschätzung wenn überhaupt nur in äußerst geringem Umfang wahrschein lich ist.
Wenige Tage später erschien in den KN ein Nachfolgeartikel mit der Überschrift Geheimes Treffen der Neonazis. Berichtet wird über ein Treffen von ca 80 Neonazis in Kiel-Friedrichsort mit Michael Kühnen, nebenbei werden die Anwerbemethoden der FAP an Schulen von ..." Eltern und Lehrern "... bestätigt.
Über dasselbe Treffen schreiben die Nazis in ihrem Rundbrief " Die Neue Front ": ..." am 6.5. trafen sich über 30 Aktivisten aus dem Gaugebiet zu einem Gautreffen. Anwesend waren Kameraden aus den Kameradschaften und Stützpunkten Kiel, Neumünster, Itzehoe, Kellinghusen und Schenefeld. Auch einige Hamburger Kameraden waren als Gäste anwesend."...
Einerseits ist es beruhigend, daß die Nazis, die nun wirklich keinen Hang zur Untertreibung haben, wie mensch bei regelmäßiger Lektüre ihrer Rundbriefe beurteilen kann, ihre Zahl mit über 30 angeben und nicht wie die KN mit ca 80. Andererseitsschlimm genug, daß in Kiel ca 15-20 FAPler im Wesentlichen unbehelligt ihr Unwesen treiben können.
Zurück zu den Schulen. Nach unseren Erkenntnissen ist der Einfluß organisierter Faschisten, seien es nun FAPler, Republikaner, DVUler oder NPDler noch relativ gering. Dies ist aber kein Anlaß zur Beruhigung. Vor dem Hintergrund der wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz von Fremdenfeindlichkeit und faschistischer Ideoloogie, kann gesagt werden , daß der Boden für verstärkte organisierte faschistische Aktivitäten auch an Kieler Schulen bereitet ist. Hierzu einige Beispiele:
In einer Gaardener Realschule ist es nach Aussagen beteiligter Schüler nicht völlig ungewöhnlich, daß 10 Schüler mit dem Hitlergruß und "Heil" ihre LehrerInnen empfangen, was zuminsest zum Teil als Provokation gegen die LehreInnen gesehen werfangen, wobei natürlich nicht bei allen Schülern von einem faschistischen Denken ausgegengen werden kann, sondern vorwiegend von sogenanntem neonazistischen Provokations- und Protestverhalten. An der Schule kommen Sclägereien zwischen deutschen und türkischen Schülern häufiger vor.
An der IGS in Friedrichsort hat sich eine Elterninitiative gegen die unter Schülern

verbreitete Begrüßung mit "Heil" bei ausgestrecktem rechten Arm gebildet.
In der Jahnschule gab es mehrere Treffen zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern, um zu überlegen, wie mit dem vermehrten Auftauchen von Hakenkreuzen und den Spannungen vorwiegend zwischen deutschen und türkischen SchülerInnen umzugehen ist.



Faschistische Schmiererei
an der Frietjof-Nansen-Schule
in Kiel-Gaarden

Von einer anderen Gaardener Schule ist zu berichten, daß es in den höheren Jahrgängen einige DVU-Sympathisanten gibt, und auch 13jährige, die zum Teil mit Bomberjacken und Aufnähern wie " Ich bin stolz ein ...", herumlaufen. Dealer für Aufnäher, Aufkleber, T-Shirts mit faschsistischer Aussage(z.B.scwarz weiß rote Fahne, Adler und Spruch ..."mit unseren Fahnen ist der Sieg"...) ist der Piccadilly Shop in der Eckernförder Straße, der unter anderem auch in Zeitungen der Jungen Nationaldemokraten für seine faschistischen produkte wirbt. Glaubt mensch den z.T. 12 jährigen Kunden, werden sie im Laden auch über die angeblichen Bedeutungen verschiedener Schnürsenkelfarben, sei es nun Türkenhaß oder Punkerhaß "aufgeklärt".
Ein anderes Beispiel. In einer Mettenhofer Schule am Göteborgring fragte eine Lehrerin in der 4. Klasse nach Nazi-Computerspielen. Ergebnis: von 19 SchülerInnen hatten 8 schon einmal mit solchen Spielen zu tun. Auch ist durch verschiedene Veröffentlichungen bekannt, daß Schulhöfe zu den beliebtesten Umschlagplätzen solcher Spiele gehören.
Allerdings muß auch hier gesagt werden: allein die Tatsache, daß Kinder und Jugendliche Nazi-Computerspiele besitzen oder speilen, besagt nicht, daß diese kids nun auch bald Nazis werden. Häufig kann sich die Beliebtheit der Spiele mit der professionellen Aufmachung, dem Verbotensein und der dargebotenen Action erklären lassen. Es ist nicht ungewöhnlich, daß Jugendliche sowohl mit Naziware hantieren, auf der anderen Seite "RAF" spielen, wo es darum geht Politiker oder den Bürgermeister von Stade um die Ecke zu bringen. Als Ergebnis bleibt bei vorsichtiger Betrachtung noch eher eine Faszination an gewalthaltigen Darstellungen, die aber nicht aus sich heraus schon faschistisch ist.
Neofaschisten wissen um die vergleichsweise einfache Beeinflußbarkeit von Jugendlichen. Sie haben daher nicht nur ihre eigenen Jugendorganisationen, sondern bemühen sich auch um die Rekrutierung von sehr jungen Menschen. Eine Möglichkeit dazu sehen sie in der Schule. Dieser Bereich muß stärker als bisher von AntifaschistInnen beobachtet werden. Deshalb bitten wir um Mitteilung, wenn ihr Infos über das Treiben von Faschisten an Kieler Schulen habt !!



Demonstration antifaschistischer
SchülerInnen in Hamburg

SH: DVU auf Tour

Erinnern wir uns:
Für den 18.Mai 1989 hatte die DVU eine regionale Großveranstaltung in der Neu= münsteraner Holstenhalle geplant. Gegen die Proteste auch in der eigenen Partei (SPD), hatte Neumünsters Stadtpräsident trotz gegenteiliger Beschlußlage der Ratsversammlung der Nazitruppe den Zugang zur Halle gestattet. Damit war ein Bei= trag zur Legalisierung der DVU-Veranstal= tung geleistet, ohne daß die reaktionäre Justiz bemüht werden mußte.

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Kundge= bungstermins wurde die Neumünsteraner "Stadtantifa", ein Bündnis verschiedener Gruppen, Initiativen und Parteien mit an= tifaschistischer Zielsetzung, tätig, um eine Gegenaktion zu planen. Gemeinsames Ziel war die Verhinderung der DVU-Kundge= bung. Dazu wurde eine Kundgebung unmit= telbar an der Holstenhalle geplant. Auf= rufflugblätter wurden in kürzester Zeit erstellt.

Die "Stadtantifa" ist ein relativ junges Bündnis, in den Frühjahrsmonaten entstan= den. Während der Findungsphase dieses Bündnisses war mehrfach versucht worden, den Kreisvorstand des DGB, mindestens je= doch VertreterInnen der Gewerkschaftsju= gend, mit an den Tisch zu bekommen. Das war vom DGB abgelehnt worden.

Bei Bekanntwerden der DVU-Kundgebung ent= stand dann jene Situation, die wochenlang die Gemüter erregte: trotz feststehender Aktionsorientierung der "Stadtantifa" und Beginn der landesweiten Mobilisierung entwickelte der DGB ein eigenes Aktions= konzept, das mehr den Charakter einer Protestkundgebung als einer Verhinde= rungsaktion vor Ort hatte. Verhandlungen, die auf Initiative der "Stadtantifa" und der VVN/BdA zustande kamen, führten nicht zu einer Verlegung der Aktion des DGB zur Holstenhalle. Allerdings wurde die ent= standene Lage durch den DGB-Vorsitzenden bedauert und zugesichert, daß künftige Aktionen gemeinsam abgestimmt werden wür= den.

Am 18.Mai liefen dann tatsächlich zwei Aktionen. Die Kundgebung des DGB auf dem Jugendspielplatz und die Blockadeaktion vor der Holstenhalle. Wie ist die ent= standene Lage politisch zu werten? Welche Schlußfolgerungen werden im antifaschist= ischen Kampf für die Zukunft gezogen?



Die organisierte ArbeiterInnenbewegung ist eines der Hauptangriffsziele des Fa= schismus. Dazu braucht man nicht nur in die Geschichte der Zerschlagung der Ge= werkschaften und der Besetzung der Ge= werkschaftshäuser am 2.Mai 1933 durch die SA-Banden zu gehen, sondern kann sich die ersten Programmpunkte der Berliner REP nach der Wahl dort ansehen.

Zu begrüßen ist, daß der DGB überhaupt die Initiative ergriffen hat, gegen die DVU-Kundgebung tätig zu werden. Das war ein Jahr zuvor, beim Deutschlandtag der NPD in Lübeck, noch nicht der Fall.

Wenige Tage nach dem 18.Mai in Neumünster fand in Flensburg eine weitere DVU-Kund= gebung statt. Hier kam es von Anfang an zu einem gemeinsamen Vorgehen des "Anti= faschistischen Bündnis" und dem Kreisvor= stand des DGB. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus Neumünster war es von An= fang an zu gemeinsamen Einladungen für Vorbereitungstreffen und dann auch zur gemeinsamen Aktion auf dem Flensburger Südermarkt gekommen. Von hier aus waren es nur noch wenige Meter bis zum Veran= staltungsort der DVU. Auch der zeitliche Rahmen der Kundgebung auf dem Südermarkt war so gehalten worden, daß es möglich war, rechtzeitig zu einer Verhinderungs= aktion am Veranstaltungsort der Faschis= ten zu erscheinen.

Gemeinsam abgestimmte Aktionskonzepte sind also durchaus möglich, sofern der politische Wille dafür vorhanden ist. Da=

bei ist es völlig klar, daß verschiedene Gruppen und Organisationen, die sich aus ihrer eigenen Interessenlage heraus an antifaschistischen Aktionen beteiligen, unterschiedliche Vorstellungen einbringen und die Suche nach einem Konsens wichtig bei der Durchführung gemeinsamer Aktionen ist.

Überlegt werden sollte auch, daß Aktionsformen unterschiedlicher Gruppen und Organisationen fast schon zwangsläufig auch sehr unterschiedlich sein können. Die gemeinsame Suche nach Formen, die durchaus auch parallel verlaufen können, sollte möglich sein. Schädlich dagegen ist ein gegenseitiges abgrenzen. Auf der Kundgebung des DGB in Neumünster war gar eine ausdrückliche Aufforderung zu hören, im Anschluß nicht zur Holstenhalle zu gehen. Viele Kolleginnen und Kollegen ließen sich davon nicht beeindrucken und demonstrierten vom Jugendspielplatz zur Holstenhalle, wo sie unter dem Beifall der bereits dort Versammelten empfangen wurden.

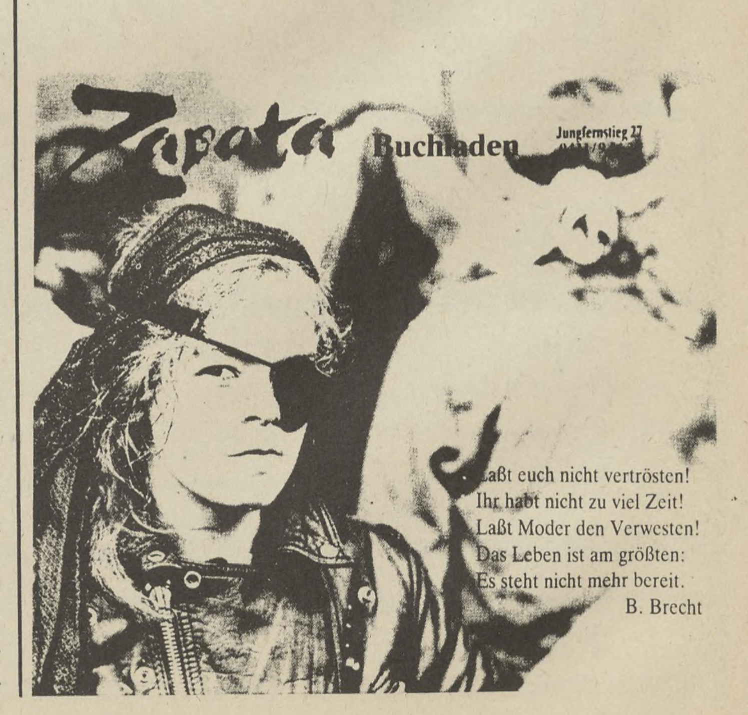
Auch wenn es manchem Funktionär in den Gewerkschaften nicht gefallen mag: die organisierte ArbeiterInnenbewegung kommt in der Abwehr der faschistischen Gefahr ohne BündnispartnerInnen nicht aus. Auch das ist eine Lehre des Hitlerfaschismus. Aber auch aktueller Entwicklungen: die heutigen Wähler der REP sind in nicht geringer Anzahl Enttäuschte aus der Arbeiterbevölkerung, die die Bindungen zu den traditionellen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung verloren bzw. nie erreicht haben.

Über die Kritik an dem Vorgehen in Neumünster hinaus sind die Gewerkschaften wie auch die Antifaschistischen Bündnisse und Initiativen gefordert, an einer langfristigen antifaschistischen Konzeption zu arbeiten. Nützliche Erfahrungen aus einem regelmäßigen Dialog, um von den jeweiligen Erfahrungen zu lernen. Nur gemeinsam, im Austausch und Entwickeln der Positionen, wird es über einen längeren Zeitraum gelingen können, den Einfluß der Faschisten zurückzudrängen.



Festgenommene AntifaschistInnen brauchen Hilfe

Am 15.6.1989 wurden in Hamburg und Niedersachsen 9 Wohnungen durchsucht. Infolgedessen laufen gegen 6 Personen Ermittlungsverfahren. Zwei Leute, Renate und Burkhard, werde verhaftet und befinden sich seitdem in Hamburg in Untersuchungshaft. Begründet werden die Durchsuchungen mit mehreren antifaschistischen Aktionen gegen Neonazis und deren Einrichtungen in Norddeutschland.
Hauptvorwurf ist ein Überfall auf die bekannten Faschisten Christian und Ursula Worch am 20.5.89, bei dem den beiden 40-50 Aktenordner mit internen Materialien von FAP und Organisationen in deren Umfeld abhanden kamen.
Christian Worch ist einer der Führer der FAP, Ursula Worch ist stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Frauenfront. Die FAP und ähnliche militante neofaschistische Organisationen arbeiten größtenteils verdeckt. Durch die gewonnenen Informationen wird ihnen die schützende Anonymität genommen.
Wegen angeblicher Beteiligung an dieser gelungenen Aktion wird Renate und Burghard schwerer Raub, Freiheitsberaubung und Körperverletzung vorgeworfen. Sie werden wegen angeblicher Verdunkelungsgefahr in U-Haft gehalten. Renate sitzt im sogenannten Normalvollzug, während Burghard den Bedingungen der Einzelhaft unterworfen ist, weil er den Aids- und Läusetest verweigert hat - d.h. er ist von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. Er befindet sich zur Zeit im Hungerstreik.
Ein eingeleitetes Verfahren nach § 129a (Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung) gegen die beiden, sowie zwei andere von Hausdurchsuchungen betroffene Leute ist zunächst zurück-, aber nicht eingestellt worden. Dieses Vorgehen der staatlichen Organe ist beispielhaft für deren Benutzung des § 129a. Dieser bietet Ermittlungsmöglichkeiten, die unter anderen Vorwürfen nicht legal wären - abhören observieren, Spitzel einschleusen und dergleichen Schweinereien mehr. Verfahren nach § 129a richten sich nicht nur gegen die einzelnen davon Betroffenen, sondern gegen die gesamten Bewegungen, in denen diese politisch aktiv sind.
Unter dem Eindruck des Erstarkens faschistischer Parteien bei den letzten Wahlen, des verstärkten Auftretens gewalttätiger Neonazis und zunehmender faschistoider Tendenzen in der Gesellschaft überhaupt (wie z.B. offene Ausländerfeindlichkeit), haben sich in der letzten Zeit zunehmend mehr Menschen in der antifaschistischen Bewegung engagiert. Eine Stärke der antifaschistischen Bewegung ist die Vielfältigkeit der Aktionen und politischen Einschätzungen, die nebeneinander bestehen.
Verfolgt werden nun Leute, die eine Verbindung zwischen Faschismus und grundlegenden Merkmalen des hier bestehenden Systems aufzeigen und dieses damit in Frage stellen. Ziel dieser Kriminalisierung ist eine Spaltung in "gute" "gewaltfreie" und "schlechte" "militante" AntifaschistInnen.
Wir meinen, daß wir alle dieser Spaltung etwas entgegensetzen können. Wir dürfen die beiden nicht sich selbst überlassen. Einfach und für jede/n machbar, ist ihnen zu schreiben. Jede Karte mit ein paar Sätzchen kann im Knast eine Riesenunterstützung und Hilfe sein. Schreibt an:
Renate oder Burkhard
taz Hamburg
Chemnitzstraße 78
2 Hamburg 50
Kennwort: Knast
Die gefangenen AntifaschistInnen sind stellvertretend für uns alle im Knast! Laßt sie nicht versauern!



An alle Antifaschistinnen und Antifaschisten!

In den letzten Wochen und Monaten haben wir aus verschiedenen Anlässen gegen neue und alte Nazis demonstriert, ihre Veranstaltungen blockiert und ihre Propaganda beseitigt. In Schleswig - Holstein ist es uns gelungen durch ein gemeinsames und solidarisches Vorgehen der verschiedensten fortschrittlichen Menschen und Organisationen alle größeren Veranstaltungen der Faschisten im Rahmen des Europawahlkampfes zu verhindern. Bei diesen antifaschistischen Aktionen ist es in mehren Fällen zu Festnahmen und Ermittlungsverfahren gegen Einzelne gekommen. Die wirkliche Stärke der antifaschistischen Bewegung zeigt sich jetzt in der Solidarität mit denjenigen, denen stellvertretend für uns alle der Prozeß gemacht werden soll, die vom Staat verfolgt werden, weil sie mit persönlichem Einsatz der für Demokraten selbstverständlichen Forderung:"Kein Fußbreit den Faschisten" Geltung verschaffen wollten.Diejenigen, die sich an den Aktionen beteiligt haben, wissen, wie willkürlich die Festnahmen stattgefunden haben; die jetzt zu erwartenden juristischen Folgen können nicht das Privatproblem der unmittelbar Betroffenen sein, sondern müssen von der antifaschistischen Bewegung getragen werden. Diskutiert in euren Gruppen und Zusammenhängen über die Kriminalisierung, sammelt und spendet Geld für die kommenden Prozesse, kommt zu den Verhandlungen!

Spenden bitte auf das Sonderkonto der ROTEN HILFE e.V., Kontonr.: 910 09 209, Kieler Spar- und Leihkasse, Kennwort: Antifa(wichtig!)

Nicht alle AntifaschistInnen,

die bei Antifa-Aktionen in Schleswig-Holstein festgenommen wurden oder mit Ermittlungsverfahren rechnen müssen, haben sich bisher bei der ROTEN HILFE gemeldet. Wir möchten euch bitten, dies möglichst bald zu tun, möglichst bevor ihr irgendwelche Aussagen bei Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gerichten macht. Ihr steht mit euren Verfahren nicht alleine da!

Wir wollen euch bei der Vorbereitung und Durchführung helfen und ggf. gemeinsam mit euch Öffentlichkeitsarbeit machen. Auch diejenigen, die bei Antifa-Aktionen der letzten Monate festgenommen wurden, aber nicht mit Ermittlungsverfahren rechnen bitten wir, sich mit uns in Verbindung zu setzen. Wir halten dies für notwendig, um sich ein möglichst umfassendes und genaues Bild über die staatliche Verfolgung von Antifaschisten in Schleswig-Holstein machen zu können. Wendet euch entweder schriftlich an die ROTE HILFE - PROZESSGRUPPE KIEL, Postfach 6444, 23 Kiel 14, oder kommt zu den Aktiv- Treffen der Kieler Ortsgruppe jeden zweiten Donnerstag, 20.00 Uhr, Hansastr.48 (nächster Termin: 6.7.89) oder wendet euch an die Ortsgruppen in Elmshorn oder Lübeck.
Sonderkonto der ROTEN HILFE e.V., Kontonr.: 910 09 209, Kieler Spar- und Leihkasse, Kennwort: Antifa (unbedingt angeben!)

REP in Kiel

Bereits Mitte März 1989 hat ein Vertreter des "Antifaschistischen Plenums Kiel" im Rahmen einer antifaschistischen Veran= staltung in der "PUMPE" über die organi= satorische Entwicklung der REPUBLIKANER in Schleswig-Holstein und Kiel berichtet. Aufgrund des großen Interesses und ange= sichts der Ergebnisse der Europa-Wahlen möchten wir den gegenwärtigen Erkenntnis= stand einer breiteren antifaschistischen Öffentlichkeit mitteilen.

Von der KLA zu den REPUBLIKANERN

Anfang der 8oer Jahre trieb in Kiel die "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" ihr Unwesen. In ihr hatten sich seit Ende 1981 Ausländerfeinde und Faschisten zu= sammengefunden, um an der im März 1982 stattfindenden Kommunalwahl teilzunehmen. Den Vorstand stellten die Herren Fritz Castagne, Fritjof Berg und Helmut Dau; für die Hetzschriften rechtlich verant= wortlich zeichnete Albrecht Möller, dem wir später noch bei den REPUBLIKANERN be= gegnen werden.

Anfang 1982 machte die KLA mehrfach durch ihre rassistischen Flugblätter auf sich aufmerksam. Mit Bettelbriefen versuchten sie bei Kieler Unternehmern Geld locker zu machen.

Die Wahlen vom 7.März 1982 brachten der KLA 3,8% - ein Ergebnis, das für bun= desweite Schlagzeilen sorgte. Die besten Ergebnisse erreichten die Alt- und Neo= nazis in Gaarden-Ost (6,2%) und in den Betonsilos von Mettenhof.

In den folgenden zwei Jahren sorgte die KLA durch "Bürgeranfragen" in der Rats= versammlung zur Situation der Ausländer= Innen bzw. den kommunalen Ausgaben für arbeitslose türkische Arbeiter, durch als Leserbriefe getarnte Hetze in den "Kieler Nachrichten" und eigene Veranstaltungen immer wieder für Schlagzeilen.

Indes, auch der antifaschistische Wider= stand entwickelte sich; Veranstaltungen der KLA konnten verhindert, lokale Anzei= genblätter zur Nichtannahme von KLA-An= zeigen bewegt werden. Im Herbst 1984 ließ die KLA dann von der Bundespost in Kiel eine Wurfsendung verteilen. Schon damals setzte die Oberpostdirektion die Vertei= lung gegen den Willen vieler Briefträger= Innen mit Hilfe der Entlassungsdrohung durch. Ein Postbeamter, der öffentlich gegen die Nazi-Hetze Stellung nahm, wurde von Neonazis bedroht.

Im selben Monat hatte die KLA StudentIn= nen und SchülerInnen als Zielgruppe aus= gemacht. Eine ähnliche Aktion wurde An= fang 1986 noch einmal an der Kieler Uni= versität durchgeführt und bildete quasi den Abschluß der Aktivitäten der KLA. Sie teilte Mitte Januar 1986 der Öffentlich= keit mit, daß eine Wahlteilnahme zur Kom= munalwahl nicht erwogen werde. Stattdes= sen sei die Beteiligung am Aufbau einer landesweiten Rassistenorganisation vorge= sehen. Kieler AntifaschistInnen mutmaßten bereits damals, daß sich die KLA den RE= PUBLIKANERN anschließen würde.

Franz Schönhuber in Kiel

Einer der ersten Hinweise auf das Auftre= ten der REPUBLIKANER in Kiel war einer kleinen Notiz in den "Kieler Nachrichten" vom 17.April 1986 zu entnehmen. In dieser teilte der Wirt der Gaststätte "Friesen= hof" mit, daß die Parteiversammlung der REP nicht stattfinden werde.



im Kieler Rathaus

Die Parteiveranstaltung der Republikaner am 18. April 1986 um 19.30 Uhr findet im Friesenhof **nicht statt.**

Von der breiten Öffentlichkeit zunächst nicht bemerkt,entstand in Kiel ein Kreis= verband der REPUBLIKANER. Ein Großteil seines Führungspersonals entstammte der KLA. Diese löste sich am 25.September '86 auf und empfahl Anschluß an eine bundes= weite Partei mit der Perspektive einer Wahlkandidatur.

Der Vorsitzende dieser Partei, der Ex-SS-Mann Schönhuber, hielt diese Entwicklung offensichtlich für so wichtig, daß er am 6.November 1986 zusammen mit dem REP-Ge= neralsekretär und Ex-NPD-Mann Harald Neu= bauer nach Kiel reiste. Gerade hatte die Partei bei den Wahlen in Bayern über 3% der Stimmen bekommen; aber einer bundes= weiten Ausdehnung stand der Mangel an po= litisch erfahrenen Rechtsextremisten ent= gegen. Die Chance, die sich nun im hohen Norden bot, wollte sich Schönhuber nicht entgehen lassen ....

In Kiel selbst hatten die KLA-Kandidaten Albrecht Möller und Klaus Meier bereits Vorarbeit geleistet. Ihr Papier "Wer sind die Republikaner? Was wollen die Republi= kaner?" diente der Werbung neuer Mitglie= der. An diesem Papier, das neben rassist= ischem auch antisemitisches und milita= ristisches Gedankengut enthält, hat auch der Kreisvorsitzende der Kieler REP, Axel D. Neu mitgewirkt. Der am "Institut für Weltwirtschaft" tätige Neu saß am 6.No= vember zusammen mit seiner Stellvertre= terin Sabine Nebendahl auf dem Podium.

die National+Zeitung
sagt die Wahrheit
- Schönhuber: Wie Waffen-SS wirklich war
- Schmidts verheimlichte NS-Vergangenheit
- Bald mehr Ausländer als Deutsche?

an jedem Kiosk erhältlich

aus: Kieler Nachrichten vom 25.2.82
Der heutige REP-Vorsitzende Schön= huber schreibt in der Hetz-Presse des Herrn Frey von der DVU

Neubauer und Schönhuber betonten in ihren Reden die Bedeutung des Erfolges in Bayern und die Chancen für den Aufstieg der REP. Eine Passage, die bei den Anwe= senden besonders starken Beifall hervor= rief, sei hier zitiert:"Aus den Stellung= nahmen der Massenmedien gegen uns weiß ich, daß die Frucht jener Umerzieher von der amerikanischen Ostküste aufgegangen ist, die gesagt haben nach Kriegsende,als ein deutscher Völkerrechtler gesagt hat, nun müßt ihr doch aufhören mit eurer Greuelpropaganda gegen uns, wir haben ja den Krieg verloren, da sagte dieser Umer= zieher, ..." Solches Vokabular aller= dings lässt sich in den Blättern von NPD und FAP nahezu wortwörtlich finden !! Sie zeigen nur zu deutlich den faschistischen Charakter dieser Partei.

Erste Stützpunkte in Schleswig - Holstein

Neben Kiel traten die REPUBLIKANER be= reits früh im Kreis Pinneberg und in Lü= beck auf. Kurz nach der Gründung des Lan= desverbandes am 1.Mai 1985 gründete sich der Pinneberger Kreisverband Anfang Juli. Den Vorsitz übernahm Otto Koch aus Ueter= sen.

In Lübeck gründeten die REP ihren Kreis= verband im Frühjahr 1986 mit etwa 15-2o Leuten. Zum Vorsitzenden wurde der noch heute amtierende Heinz Bittiehn gemacht.

Ähnlich wie in Kiel spielte auch im Raum Lübeck eine rassistische Vereinigung eine wichtige Rolle bei der Gründung der ört= lichen REP-Verbandes. Der "Arbeitskreis Europa der Vaterländer AEV e.V." mit Sitz in Lübeck rief seine Mitglieder zur Teil= nahme an der Gründungsversammlung des REP-Landesverbandes auf und stellte mit dem Polizeibeamten Horst Porath einen der stellvertretenden Landesvorsitzenden.

An der Spitze des Landesverbandes stand zu jener Zeit der in Glückstadt wohnende Hagen Palleske. Mit einer Annonce in der bei bundesdeutschen Faschisten viel ge= lesenen "Bauernschaft" von Thies Chris= tophersen war er auf der Suche nach neuen Parteimitgliedern ....



Werbe-Annonce in "Die Bauernschaft" Heft 3/1985 von Neonazi Christophersen Hinter der angegebenen Telefonnummer verbirgt sich Hagen Palleske

Emil Schlee

Erste Grundsteine für die Organisierung rechtsextremistischer Tätigkeit waren so gelegt worden; was fehlte, war ein pro= minentes Zugpferd, mit dem bei unzufrie= denen CDU-WählerInnen Mitglieder und bei Wahlen Stimmen gewonnen werden konnten.

Das fand sich im März 1987 in der Person Emil Schlees, der kurz zuvor die "Unab= hängige Wählergemeinschaft Schleswig-Hol= stein" (UWSH) verlassen hatte, weil diese seiner Ansicht nach zu wenig großdeutsche Interessen vertreten habe. Der Übertritt Schlees war der Partei-Zeitung ein Be= richt auf der Titelseite wert; in der Ju= ni-Ausgabe des "REPUBLIKANER" erhielt der neue Mann dann Gelegenheit, seine revan= chistischen Vorstellungen auszubreiten.

Schlee hat eine lange politische Karriere hinter sich; als Mitglied der CDU, die er 1984 nach 17 Jahren verließ, war er Lan=desbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge im Kieler Sozialministerium; er ist Sprecher der "Landsmannschaft Mek=klenburg". 1985 gehörte er einige Monate der faschistischen Gruppierung "Patrioten für Deutschland" an, von der er sich je=doch trennte, weil ihm deren Ziele und Absichten "letzten Endes undurchsichtig" geblieben seien. So erzählte er es jeden=falls in einem Interview mit der "Deut=schen Stimme", dem Organ der NPD, Anfang 1986.

Irgendwelche Berührungsängste gegenüber Alt- und Neonazis hat der ehemalige Ober=leutnant der Nazi-Wehrmacht ohnehin nicht gehabt: ob als Teilnehmer eines Treffens des "Deutschen Seminars" (9/85), ob als Redner bei der "Gesellschaft für freie Publizistik" (11/85) oder im "Nationaleu=ropäischen Jugendwerk" (6/87) , um nur einige wenige zu nennen, die rechtsextre=me Szene der Bundesrepublik ist ihm ver=traut.

Zusätzlich findet er noch Zeit, Beiträge für eine Reihe rechtsextremer Zeitungen wie "Nation Europa", "Deutsche Monatshef=te" oder "MUT" zu verfassen. Im MUT-Ver=lag des EX-NPD-Bundestagskandidaten Bern=hard Wintzek erschien 1985 auch Schlees Buch "Wissen um Deutschland".

Nur wenige Wochen nach seinem Beitritt wurde Schlee auf dem Landesparteitag der REP zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Von den vier Stellvertretern kamen Gerd Turkowski (Brux) und Albrecht Möller von der KLA, Horst Porath (Stockelsdorf) vom AEV und Thomas Schröder (Lübeck) vom BGS. Im Mai konnte Schlee auf dem Bundespar=teitag dann auch noch den Posten eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden der neofaschistischen REPUBLIKANER erringen.

Mit dem Besuch Schönhubers in Lübeck im April 1987 und der Gründung eines Kreis=verbandes in Lauenburg im Sommer machte der Aufbau in Schleswig-Holstein zwar Fortschritte; aber dennoch wurde im Juli 1987 entschieden, sich nicht an den im September anstehenden Landtagswahlen zu beteiligen. Eine flächendeckende Kandida=tur und das Sammeln der 5ooo zur Wahlzu=lassung nötigen Unterschriften schienen Schönhuber und Co. zu jenem Zeitpunkt noch zu große Hürden zu sein.

Landtagswahl 1988

Bereits in der Januar-Ausgabe der REP-Parteizeitung verkündete Emil Schlee die Notwendigkeit, an den Landtagswahlen in Mai 1988 teilzunehmen: "Es hat sich die politische und parteipolitische Land=schaft in den letzten vier Monaten grund=legend verändert.... werden es möglicher=weise die REPUBLIKANER sein können, die bei den Neuwahlen die Nichtwähler über=haupt noch ansprechen können..... kann man feststellen, daß die UWSH durch hohe Wahlniederlage und Geldverschuldung kaum an Neuwahlen teilnehmen dürfte. Auch die ÖDP bleibt eine Splitterpartei..... Der Landesverband der Partei die REPUBLIKANER ist ein fest geschlossener Verband, der seine Organisationsstruktur ständig ver=bessert, neue Mitglieder aufnimmt,in gut=besuchten Kleinveranstaltungen im ganzen Lande erfolgreiche Werbung und Aufklärung betreibt. Der Landesverband wäre in der Lage, an den Neuwahlen teilzunehmen, die formalen Bedingungen erfüllen zu können."



Autor Schlee veröffentlicht im rechtsextremen MUT-Verlag

Da die REP eigener Einschätzung nach bei dieser Wahl gute Chancen hätten, wur=den bei einer Pressekonferenz in Bad Se=geberg Mitte Februar die KandidatInnen bekanntgegeben. Auch hier zeigt sich er=

neut der große Teil derjenigen, die aus faschistischen Organisationen zu den REP gekommen sind:

Gerd Turkowski, Ex-KLA, REP-Kandidat in Rendsburg-Ost

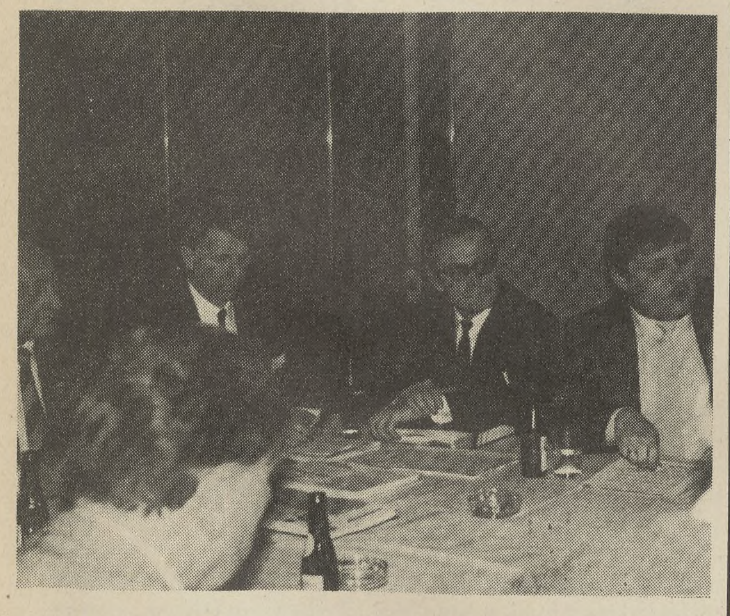
Thomas Grebien, 1983 Funktionär des neo=faschistischen "Bund Heimat=treuer Jugend"; 1984 Heraus=geber der Nazi-Schülerzeitun=gen OSKAR und LISBETH ; REP-Kandidat in Schleswig-West

Heiko Oetker, Ex-Wiking-Jugend-Funktio=när; Autor in "Nation Europa" und REP-Kandidat in Stormarn

Klaus Meier, Ex-KLA und REP-Kandidat in Flensburg-West

Hans-Werner Leptiehn, REP-Kandidat für Neumünster-Nord; in seinem Cafe in Nortorf treffen sich seit 1983 die "Ludendorffer"

Lothar Grünkorn, Autor in der Neonazi-Schrift "Die Bauernschaft", REP-Kandidat in Steinburg-Süd



Pressekonferenz der REP in Bad-Segeberg v.l.n.r. Emil Schlee (Landesvorsitzen=der), Oswald Becker (Pressesprecher), Dr. Axel Neu (KV-Vorsitzender Kiel), Thomas Schröder (stellv.Vorsitzender Lübeck)

Im Wahlkampf verbreiteten die Schleswig-Holsteiner REP's in ihrer landesweit ver=teilten Wahlkampfzeitung nicht nur wider=lichsten Rassismus, extremen Nationalis=mus und Frauenfeindlichkeit, sondern ge=rieten auch dadurch ins Zwielicht, daß sie in Neumünster mit einem im Wahlkampf eingesetzten PKW eine Demonstrantin an=fuhren; in Lübeck mußte sich der BGS-Aus=bilder Thomas Schröder eine Mißbilligung des Kasernen-Kommandants gefallen lassen, weil er in der Kaserne Unterstützer-Un=terschriften gesammelt hatte. Und auch der Versuch, sich als Opfer des "roten Terrors" darzustellen und mit dieser Be=gründung alle Wahlveranstaltungen abzusa=gen, scheiterte. Nicht einmal die Polizei mochte den Angaben des Lübecker Vorsitz=enden Bittiehn Glauben schenken, REP'ler seien in Bad Bramstedt beschossen worden.

Trotz schlechtem Wahlergebnis breiten sich die REP's aus

Das Wahlergebnis mußte für die REP ent=täuschend sein: o.6% oder 8653 Stimmen. Das war weit weniger als man sich unter den günstigen Bedingungen erhofft hatte. Und die Partei unterlag erneut im Wett=streit mit der NPD.

Das Angebot zur Zusammenarbeit, das vom NPD-Landesvorsitzenden Uwe Schäfer nach der Wahl geäußert wurde, lehnte Schlee gegenüber dem ZDF mit der "Begründung" "ab": "Die Schwierigkeit liegt, diesem Wunsch zu entsprechen, und zwar folgen=dermaßen: Wir konnten als Republikaner auf der einen Seite überhaupt keine Ge=meinsamkeit mit der NPD eingehen. Ich denke daran, an die Beamten, die bei uns sind, Bundeswehrsoldaten, Bundesgrenz=schutz, Zöllner, Lehrer, Verwaltungsbeam=te, Polizeibeamte - die berufliche Schwierigkeiten bekommen würden, wenn wir eine gemeinsame Liste machen würden." Von irgendwelchen inhaltlichen Unterschieden kein Wort !!!

In der Zwischenzeit schreitet der Aufbau voran; im Oktober 1988 meldet das Partei=blatt, daß dem Kreisverband Lübeck in 4 Ortsverbänden 8o Mitglieder angehören; im Februar 1989 entsteht in Kiel der Orts=verband Westufer der REP. Der Aufschwung hat natürlich mit den Wahlerfolgen der neofaschistischen Partei in Westberlin, Hessen und bei den Wahlen zum Europapar=lament zu tun. Emil Schlee hatte in West=berlin die Gründungsversammlung des dor=tigen Landesverbandes im September 1987 geleitet. Und auch Heiko Oetker (53), wie bereits erwähnt Ex-Wiking-Jugend-Funktio=när, bekennt gegenüber "Goden Dag, leeve Lüüd": "Wir fühlen uns bestärkt durch das Wahlergebnis in Berlin" (Nr.464; 2.2.89).

Den REP's gelingt es auch in Schleswig-Holstein bzw. in Kiel, in neuen gesell=

schaftlichen Bereichen Fuß zu fassen und ihre Infrastruktur zu verbessern:

- an der Kieler Universität existiert nun mit offiziellem Status eine REP-Studen= tengruppe. Wir berichteten über die LISA in der vorherigen ATZE. Inzwischen wurde im Mai 1989 im Haus der Münchner Burschenschaft DANUBIA der "Republika= nische Studentenverband" gegründet. Er soll sich bundesweit organisieren. Zu den Sprechern dieser Gruppe gehört A= lexander von Schrenck-Notzing, Sohn des Herausgebers der ultrarechten Theorie-Zeitschrift "Criticón".Mit dem Anschluß der LISA an diesen Verband kann jeder= zeit gerechnet werden, zumal auch die neofaschistische Konkurrenz von DVU und NPD nicht schläft.An der Hamburger Uni= versität gibt es bereits eine DVU-Hoch= schulgruppe und in Kiel hat der "Natio= naldemokratische Hochschulbund" (NHB) der NPD am 24.April seit sehr langer Zeit mal wieder Werbematerial verteilt.
- einiges deutet darauf hin, daß die REP

"Wg." AStA-Info

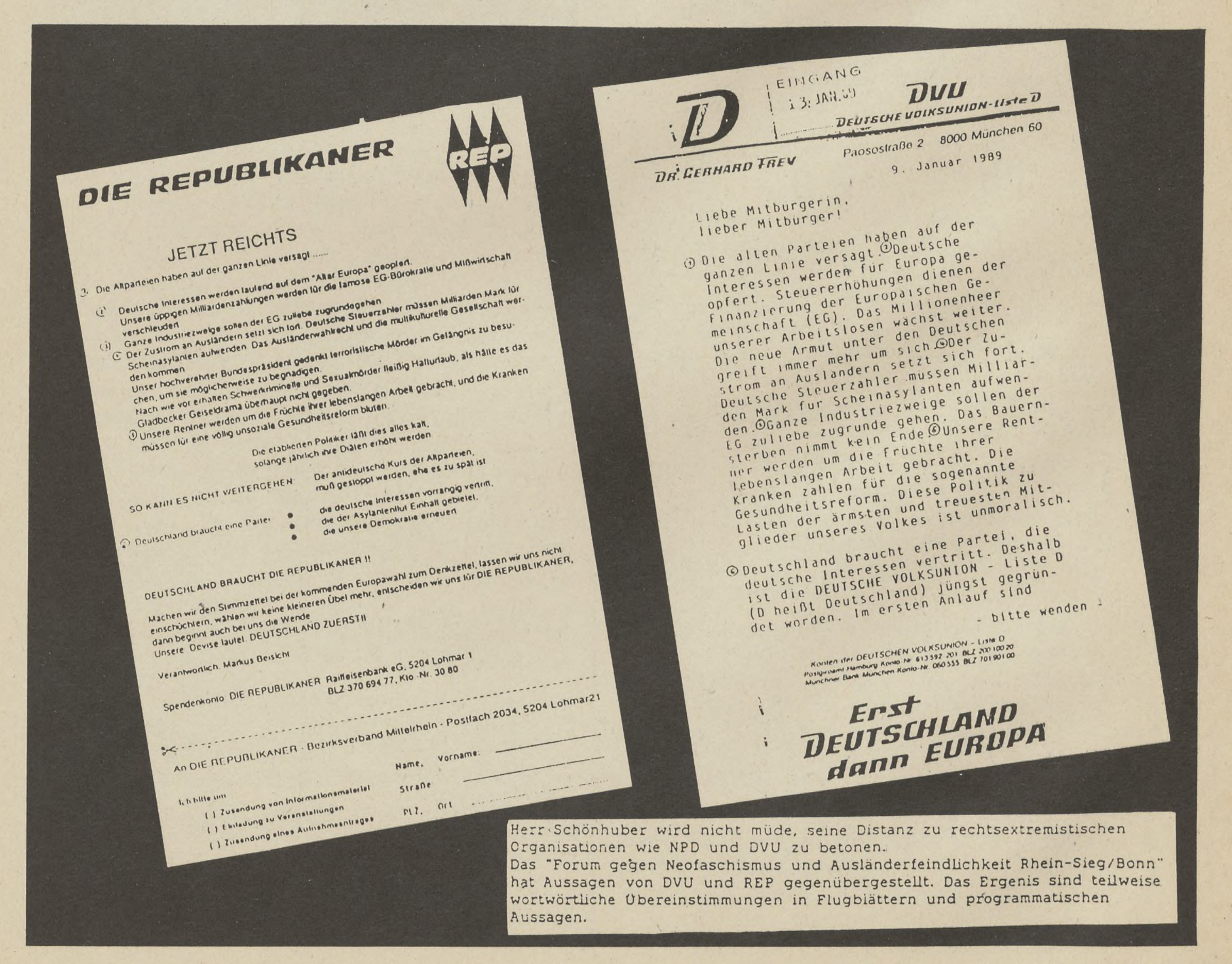
REPUBLIKANER

1. Zu den Begriffen "extremistisch" und "...
bedeutet verfassungsfeindlich. ...
lich: "eine bis an di...
richtung h... sin...
Weitere Info...
Kreisverband Kiel ...

ViSdP.: Bernhard Kurz, Beisitze...
REPUBLIKANER, Steenbeker Weg ...

Bernhard Kurz: bei den REP
und der LISA

versuchen, sich mit dem BHJ einen ei= genen Jugendverband anzugliedern. Der BHJ ist seit Ende 1988 gespalten; der Kieler BHJ-Funktionär und Buchhändler ("Buchhandlung am Dreiecksplatz") Diet= mar Munier und die Kieler BHJ'ler Ro= bert Kreft und Thomas Grebien haben gu= te Kontakte zu den REP bzw. wie die



DIE REPUBLIKANER

REP

JETZT REICHTS

1. Die Altparteien haben auf der ganzen Linie versagt ......

(1) Deutsche Interessen werden laufend auf dem "Altar Europa" geopfert.
Unsere üppigen Milliardenzahlungen werden für die famose EG-Bürokratie und Mißwirtschaft verschleudert
(3) Ganze Industriezweige sollen der EG zuliebe zugrundegehen
(2) Der Zustrom an Ausländern setzt sich fort. Deutsche Steuerzahler müssen Milliarden Mark für Scheinasylanten aufwenden. Das Ausländerwahlrecht und die multikulturelle Gesellschaft werden kommen
Unser hochverehrter Bundespräsident gedenkt terroristische Mörder im Gefängnis zu besuchen, um sie möglicherweise zu begnadigen.
Nach wie vor erhalten Schwerkriminelle und Sexualmörder fleißig Hafturlaub, als hätte es das Gladbecker Geiseldrama überhaupt nicht gegeben.
(3) Unsere Rentner werden um die Früchte ihrer lebenslangen Arbeit gebracht, und die Kranken müssen für eine völlig unsoziale Gesundheitsreform bluten.

Die etablierten Politiker läßt dies alles kalt,
solange jährlich ihre Diäten erhöht werden

SO KANN ES NICHT WEITERGEHEN: Der antideutsche Kurs der Altparteien, muß gestoppt werden, ehe es zu spät ist

(2) Deutschland braucht eine Partei
- die deutsche Interessen vorrangig vertritt,
- die der Asylantenflut Einhalt gebietet,
- die unsere Demokratie erneuert

DEUTSCHLAND BRAUCHT DIE REPUBLIKANER !!

Machen wir den Stimmzettel bei der kommenden Europawahl zum Denkzettel, lassen wir uns nicht einschüchtern, wählen wir keine kleineren Übel mehr, entscheiden wir uns für DIE REPUBLIKANER, dann beginnt auch bei uns die Wende
Unsere Devise lautet: DEUTSCHLAND ZUERST!!

Verantwortlich: Markus Beisicht

Spendenkonto DIE REPUBLIKANER Raiffeisenbank eG, 5204 Lohmar 1
BLZ 370 694 77, Kto.-Nr. 30 80

An DIE REPUBLIKANER · Bezirksverband Mittelrhein · Postfach 2034, 5204 Lohmar21

Ich bitte um
( ) Zusendung von Informationsmaterial
( ) Einladung zu Veranstaltungen
( ) Zusendung eines Aufnahmeantrages

Name, Vorname:
Straße
PLZ, Ort

EINGANG
13. JAN. 89

D

DVU
DEUTSCHE VOLKSUNION-Liste D

DR. GERHARD FREY
Paosostraße 2 8000 München 60

9. Januar 1989

Liebe Mitbürgerin,
lieber Mitbürger!

(1) Die alten Parteien haben auf der ganzen Linie versagt. (1) Deutsche Interessen werden für Europa geopfert. Steuererhöhungen dienen der Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft (EG). Das Millionenheer unserer Arbeitslosen wächst weiter. Die neue Armut unter den Deutschen greift immer mehr um sich. (4) Der Zustrom an Ausländern setzt sich fort. Deutsche Steuerzahler müssen Milliarden Mark für Scheinasylanten aufwenden. (5) Ganze Industriezweige sollen der EG zuliebe zugrunde gehen. Das Bauernsterben nimmt kein Ende. (6) Unsere Rentner werden um die Früchte ihrer lebenslangen Arbeit gebracht. Die Kranken zahlen für die sogenannte Gesundheitsreform. Diese Politik zu Lasten der ärmsten und treuesten Mitglieder unseres Volkes ist unmoralisch.

(6) Deutschland braucht eine Partei, die deutsche Interessen vertritt. Deshalb ist die DEUTSCHE VOLKSUNION - Liste D (D heißt Deutschland) jüngst gegründet worden. Im ersten Anlauf sind

- bitte wenden -

Konten der DEUTSCHEN VOLKSUNION - Liste D
Postgiroamt Hamburg Konto-Nr. 613 592 201 BLZ 200 100 20
Münchner Bank München Konto-Nr. 060 555 BLZ 701 901 00

Erst DEUTSCHLAND dann EUROPA

Herr Schönhuber wird nicht müde, seine Distanz zu rechtsextremistischen Organisationen wie NPD und DVU zu betonen.
Das "Forum gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit Rhein-Sieg/Bonn" hat Aussagen von DVU und REP gegenübergestellt. Das Ergenis sind teilweise wortwörtliche Übereinstimmungen in Flugblättern und programmatischen Aussagen.

beiden letztgenannten sogar für diese Partei kandidiert. In der Auseinander=setzung unterstützen sie die Minderheit

"BHJ-Odalsrune", die sich von der An=bindung an eine Partei bessere Aussich=ten für die Jugendarbeit verspricht. Mit dem Buchladen Muniers verfügen die REP über einen zentral gelegenen Stütz=punkt; mit den BHJ'lern über trainierte Jungnazis, die auch als Schlägertruppe eingesetzt werden können.

Daß das politisch geschulte Personal der Nazis dennoch weiterhin knapp ist, zeigt sich daran, daß der Kieler Arzt Jens-Gerd Steffen zum Vorsitzenden des im Frühjahr 1989 gegründeten Kreisverbandes Westküste gemacht wurde. Steffens Sohn Holger ge=hört ins Lager der militanten Neonazis um Wiking-Jugend und FAP. Nach der Ab=leistung des Grundwehrdienstes soll er jetzt in Westberlin studieren.

Kurzfristig gehörte auch ein Kreistags=mitglied den REPUBLIKANERN an; im Kreis Stormarn trat Ende März der CDU-Abgeord=nete Michael Ishorst aus der Partei aus und bei den REP ein - und nahm sein Ab=geordnetenmandat mit. Kurz vor der Euro=pawahl legte er es dann jedoch nieder.

Der Kreisverband Lübeck scheint sich zu einer Hochburg der REP in Schleswig-Hol=stein zu entwickeln. Dort gibt es nicht nur einen Arbeitskreis "Junge Republika=ner", sondern auch der Anteil der Poli=zeibeamten ist besonders hoch (LN 3.6.89, KN 27.7.89, Die Quelle 6/89). Zudem ge=hört der Lübecker Horst Hagen zu den eif=rigsten Autoren der REP-Parteizeitung. Ob zum Thema "Ausländerfeindlichkeit - ein politisch mißbrauchtes Schlagwort" oder "Patrioten und Ausländerhaß?" - Rassis=mus bietet er in Verknüpfung mit fast je=dem anderen Thema. Ob zwischen der Tätig=keit des in Travemünde wohnenden Inter=nisten und dem hohen Wahlergebnis von lo, 24% bei den Europawahlen (Stadtrekord!) in diesem Stadtteil ein Zusammenhang be=steht ??

Inzwischen sitzt auch Emil Schlee, beim Landesparteitag am 2.April wiedergewähl=ter Landesvorsitzender, im Europa-Parla=ment. Im Wahlkampf, den die REP's mit An=zeigen in den "Kieler Nachrichten", Pla=kattafeln und Flugblattaktionen (z.B. bei der Demonstration von Landwirten in Kiel am 17.März) führten, kam es auch zu Aus=einandersetzungen mit AntifaschistInnen. In Rendsburg wurde Schlee Mitte März am Reden gehindert. Die Versammlung der Kie=ler REPUBLIKANER vom 6.Juni wurde sicher=



heitshalber kurzfristig von Kronshagen zum Nordmark-Sportplatz verlegt. Und die erste Versammlung nach den Europawahlen wurde gar nach Bothkamp verlegt. Begrün=dung: "Aus organisatorischen Gründen wä=ren wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns mit=teilen könnten, ob Sie an der Veranstal=tung teilnehmen möchten... Bitte benutzen Sie hierfür die beigefügten Antwortkar=ten." Offensichtlich sollte ungebetener Besuch ferngehalten werden. Ergebnis: Nicht mehr als zwanzig REP's fanden den Weg und konnten auf der Kontroll-Liste abgehakt werden.

Und was nicht nur Horst Hagen in einem Artikel der Juli-Ausgabe des "REPUBLIKA=NER" ("Feindbild Republikaner") beschäf=tigt, sondern auch den Kieler REP-Anwalt Harm Schepke dazu trieb, gegen eine For=mulierung der Kieler Stadtpräsidentin Silke Reyer vor Gericht zu ziehen, sollte allen AntifaschistInnen ein wichtiges An=liegen sein: die REP als das bezeichnen, was sie sind: Faschisten.

Presseerklärung:

Kiel begrüßt die iranischen Flüchtlinge !
Für ein uneingeschränktes Asylrecht !

Am Donnerstag, dem 3. 4. 1989, beschwor Kirsten Hansen in den Kieler Nachrichten unter der Überschrift "Kiel droht Ansturm von 2000 Iranern" den Alptraum aller FremdenhasserInnen. Unter anderem hieß es: ". . . haben die Asylbewerber erst neue Landesgrenzen überschritten, ist nichts mehr zu machen...". Solche und ähnliche Sätze klingen uns noch aus dem Wahlkampf von Republikanern und DVU im Ohr. Auf solche Art und Weise wird systematische Hetze gegen Flüchtlinge und das Asylrecht betrieben. Parallel dazu werden Krisensitzungen der Stadt Kiel, des Landes und des Bundesgrenzschutzes sowie der Stena-Line anberaumt, um zu überlegen, wie die Einreise der Flüchtlinge verhindert werden kann. Indem der Bundesgrenzschutz verhindern will, daß die iranischen Flüchtlinge überhaupt die BRD betreten, wird das Asylrecht vollständig außer Kraft gesetzt. Unabhängig davon, ob die iranischen Flüchtlinge, die Verschärfung des Asylrechtes in Schweden mit dem Versuch beantworten, in die BRD einzureisen, darf es keinenPlatz geben, für eine rassistsiche und nationalchauvinistsiche Denkweise, wie sie in den Artikeln der Kieler Nachrichten zum Ausdruck kommt. Begriffe wie "Ansturm", "Invasion", "Einreisewelle", verbunden mit dem Entwurf eines Katastrophenszenarios erinnern an jüngste deutsche Vergangenheit, auch wenn dies nicht in der Absicht der Redakteurin gelegen haben mag. Solch Schürren von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit bereiten den Boden für das Erstarken faschistischer Parteien.Schuld an den Flüchtlingsproblemen sind allerdings nicht die Flüchtlinge, sondern die Verhältnisse, die sie zur Flucht zwingen, an diesen aber ist die Bonner Regierung und das westdeutsche Kapital nicht unbeteiligt.

Asylrecht ist Menschenrecht

Niemand verläßt freiwillig seine Heimat. Über die Verhältnisse im Iran und dem Krieg am Golf müssen wir hier nicht viel sagen. Seit jeher sind westdeutsche Konzerne Großverdiener am Geschäft mit dem Iran.
- Sie machten fette Geschäfte mit dem Folterregime des Schahs
- Sie verdienen an ihren Geschäften mit dem Khomeini-Regime
- Die westdeutschen Konzerne gehörten zu den größten Waffenlieferanten, die sowohl den Iran als auch den Irak im Golfkrieg mit Waffen versorgten
- Nachdem durch den Golfkrieg, mit den gelieferten Waffen auch aus der BRD, Iran und Irak in Schutt und Asche gelegt wurden, verdienen sich nun Konzerne wie die in Kiel ansässige Orthopädia eine goldene Nase am Wiederaufbau und der medizinisch-technischen Versorgung der hunderterttausenden Verletzten und Verkrüppelten.

Das bedeutet: Westdeutsche Konzerne tragen zumindest Mitverantwortung an der Vertreibung von hunderttausenden Iranern.
Die BRD ist weltweit wichtiger Handelspartner und Unterstützer solch menschenverachtender Regimes wie zum Beispiel auch Südafrikas, der Türkei oder in Süd- und Mittelamerika. Außerdem ist die BRD mitverantwortlich für die Politik des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, die die Ausbeutung und Verelendung der sogenannten "Dritten Welt" vorantreiben, um die Profite der Industrieländer zu vergrößern und zu sichern. Damit ist die BRD mitverantwortlich für die unmenschlichen Lebensbedingungen und Kriege, die Millionen von Flüchtlingen erzeugen.
Die Lösung dieser Probleme liegt in der Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse in den betroffenen Ländern und der Weltwirtschaftsordnung.

Wir fordern ein uneingeschränktes Asylrecht für alle Flüchtlinge !
Die Grenze verläuft nicht zwischen den Menschen,
sondern zwischen Oben und Unten !

UnterzeichnerInnen: Antifa-Gruppe Kiel • Autonome Gruppe Kiel • Rote Hilfe Ortsgruppe Kiel

Europawahl: Erfolg für Neofaschisten

Das Ergebnis der Europawahl vom 18.Juni 1989 stellt einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik dar. Gründe und Konsequenzen dieser Entwick= lung gründlich zu untersuchen - dazu bedarf es der vereinigten Anstrengungen der AntifaschistInnen. In diesem Sinne können die folgenden Ausführungen auch nur als erste Anregungen und Hinweise ge= meint sein.

Neofaschisten im Aufwind

Seitdem die NPD in den 6oer Jahren vor= übergehend in fünf Landtagen vertreten waren, hat es einen solchen Aufschwung für Neofaschisten nicht mehr gegeben. Bun= desweit erhielten die REP 7,1% der Stim= men; dazu gerechnet werden müssen jedoch mindestens die Stimmen der DVU (1,6%), der FAP und anderer kleiner Parteien, so daß gegenwärtig ein Wähleranteil von 1o% für rechtsextremistische Parteien zu beobach= ten ist.

Die REP holten allein in Bayern und Ba= den-Würtemberg 54% ihrer Stimmen, obwohl dort nur 32% der Wahlberechtigten wohnen. Viele frühere Nichtwähler konnten durch die REP mit ihren so platten wie falschen Parolen zur Stimmabgabe bewegt werden. Außer in Freiburg überschritten REP und DVU zusammen in allen Regierungsbezirken dieser beiden Bundesländer die 1o%-Marke. In Bayern (Landesdurchschnitt: 14,6%) be= finden sich die REP-Hochburgen in Mittel- und Oberfranken sowie in Schwaben und Niederbayern. In diesen Gebieten hat nicht nur die CSU, sondern auch die SPD deutlich Stimmen verloren.

Die WählerInnen der REP's bei den Europa-Wahlen waren zu etwa einem Drittel frü= here NichtwählerInnen; über 5o% kamen von der CDU und eine nicht unbedeutende Zahl von der SPD.

Das Süd-Nord-Gefälle in den Stimmanteilen für die REPUBLIKANER ist mit sozio-ökono= mischen Merkmalen alleine nicht zu erklä= ren. Es handelt sich bei Bayern oder Ba= den-Würtemberg - besonders in verglei= chender Perspektive - ja nicht um wirt= schaftlich oder sozial besonders bedrohte Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit oder einer hohen Zahl ausländischer KollegIn= nen. Auch handelt es sich nicht durchweg um Gebiete, in denen bereits bei früheren Wahlen rechtsextreme Gruppierungen Erfol= ge erzielen konnten.

Zumindest in Bayern spielt neben der seit langem von der CSU verbreiteten reaktio= nären Stimmung eine gewichtige Rolle, daß dort die REP bereits bei der Landtagswahl 1986 zu einigen Erfolgen gekommen waren und seitdem eine organisatorische Basis haben aufbauen können.

Kommunalwahlen im Saarland und in Rheinland-Pfalz

In diesen beiden Bundesländern fanden zu= gleich Kommunalwahlen statt. Deshalb lag die Wahlbeteiligung dort deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die hohen Verlus= te der CDU kamen dort jedoch nicht nur rechtsextremen Parteien zugute, da diese



nicht überall kandidiert haben. Von der Unzufriedenheit mit der CDU konnte die SPD nur vergleichsweise wenig profitie= ren. Nur jede dritte CDU-Stimme kam der SPD zugute. Die anderen verteilten sich auf FDP, Grüne, REP, NPD und andere - da= runter vor allem Wählervereinigungen.

Die REP traten in Rheinland-Pfalz nur in vier von 36, im Saarland nur in vier von sechs Stadt- und Landkreisen an. Dort holten sie nicht nur Stimmen von der CDU, sondern auch von der SPD. In Saarbrücken hat die SPD wegen des Erfolgs der REP so= gar ihre absolute Mehrheit eingebüßt: CDU - 9.3%, SPD - 3.8%, REP + 5.7%, NPD + 1.2%.

In Rheinland-Pfalz liegt der Schwerpunkt der REP im Süden. Dort gewannen sie in kleineren Gemeinden bis zu 2o% der Stim= men. In den Stadträten von Worms (8.3%) und Germersheim (13.3%) sind die REP in Zukunft mit je vier Leuten vertreten.

Schwarz-braune Koalition am Horizont

Das Wahlergebnis, besonders die hohen CDU-Verluste und das gute Abschneiden der neofaschistischen Parteien, haben zu ei= nem wochenlangen, öffentlich ausgetragen= en Streit in den Unions-Parteien über die Koalitionsfähigkeit der REP geführt.

Während die Rechtsaußen in der CDU ein Zusammengehen mit den neofaschistischen REP nicht von vornherein erschweren wol= len, indem sie jetzt lauthals Unverein= barkeitsbeschlüsse verkünden, die später dann nicht eingehalten werden, versuchen Geißler und Späth die Szene zunächst zu beruhigen, indem sie fordern (mehr aber auch nicht), die REP's müssten "gnaden= los bekämpft" werden. Auch die Forderung, jedes Bündnis von CDU und REP mit einem Parteiausschluß zu ahnden, liegt auf die= ser Linie.

Ob diese Linie beim Bundesparteitag der CDU im September mit entsprechender An= wendung in der politischen Praxis die Oberhand erringen wird, darf bezweifelt werden. Prominente CDU-Politiker, so z.B. der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz Ludwig Wagner oder sein Amtskollege in Hessen, Walter Wallmann, treten offensiv dagegen auf. Ihnen hat der Kommentator der Tageszeitung "Die Welt", Enno von Loewenstern, die Devise ins Stammbuch ge= schrieben: "Es ist lächerlich, über Kon= taktverbote zu streiten, wie es lächer= lich ist, Kontakte zu suchen.... Das Pro= blem der Republikaner löst man nicht, in= dem man über die Republikaner redet, son= dern indem man über deren Themen redet." (24.6.89) Das findet auch "Stahlhelmer" Dregger, der in den REP's die "falschen Gegner" sieht. Er schlägt lieber auf SPD und GRÜNE ein --- und findet bei Ba= den-Würtembergs Kultusminister Mayer-Vor= felder reichlich Unterstützung.

Gemeinsam ist den unterschiedlichen Posi= tionen in CDU und CSU jedoch die Gleich= setzung von REP und GRÜNEN. Bereits im Wahlkampf in Gestalt großformatiger Zei= tungsanzeigen unters Volk gebracht, fin= det sie ihre Fortsetzung z.B. in der von der CDU herausgegebenen Broschüre "Die REP. Analyse und politische Bewertung ei= ner rechtsradikalen Partei". Neben An= griffen auf die GRÜNEN und die SPD, die durch ihre Toleranz gegenüber den GRÜNEN erst deren Festsetzung im Parteienspek= trum ermöglicht und so eine entsprechende Bewegung auf der rechten Seite begünstigt hätten, finden sich unzählige Zitate von Funktionären der REP, die den rechtsex= tremen Charakter dieser Partei nur zu deutlich zeigen. Doch trotz aller verba= ler Kraftakte - "Ähnlichkeiten mit der Demagogie der Nazis"(Stoiber/CSU) und ein "primitiver Appell an Instinkte"(Huber/ CSU) - das Wachstum und offene Zutage= treten des Rechtsextremismus in der Bun= desrepublik ist ganz entscheidend Ergeb= nis der von dieser Regierung betriebenen Politik.

Nationalismus und Rassismus

groß sind die Unterschiede nicht

Diese Doppelzüngigkeit vieler CDU- und CSU-Politiker ist sogar einem Teil der bürgerlichen Presse aufgefallen; anläß= lich der Veröffentlichung einer CSU-Stu= die kommentierte die "Süddeutsche Zei= tung" unter der Überschrift "Die CSU im Glashaus" u.a.: "Es ist nämlich ziemlich offensichtlich, daß einige der Anklage= punkte, die CSU-Generalsekretär Huber ge= gen Schönhuber und dessen Partei zusam= mengetragen hat, auf die bayerische Mehr= heitspartei selbst zurückfallen."(3./4.6. 1989).

Gerade in den letzten Wochen haben die Äußerungen führender Unionspolitiker über die polnische Westgrenze deutlich werden lassen, wie "über die Themen der Repub= likaner" geredet werden soll: der An= spruch auf Territorium und Besitz osteu=

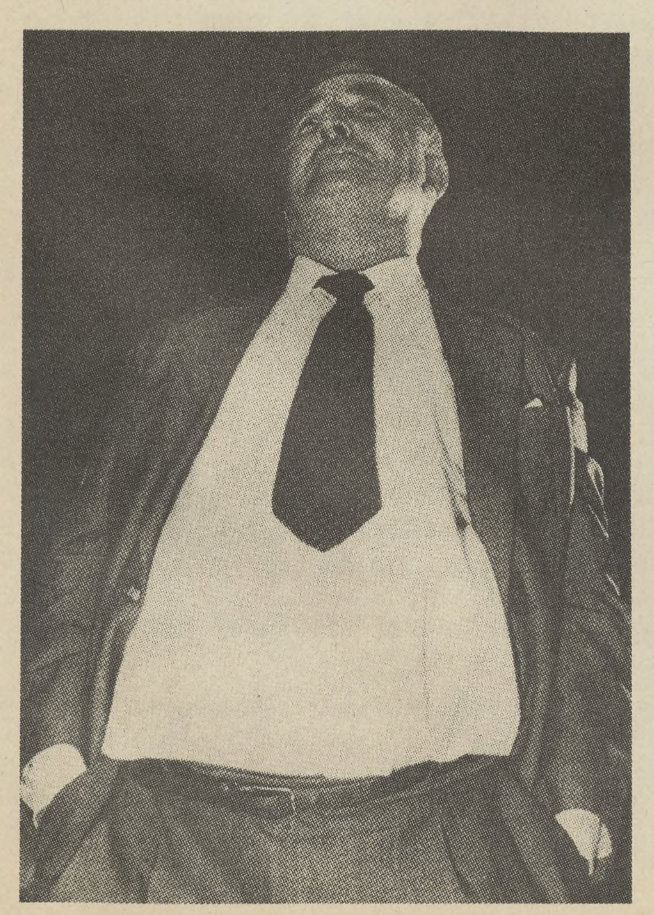
ropäischer Staaten wird wieder frecher und entschiedener vorgetragen. Das kann bei REPUBLIKANERn und anderen Faschisten nur Beifall finden.

Und den Vorschlag des Bundesinnenminist= ers Schäuble, Flüchtlinge arbeiten zu lassen, begrüsst die "WELT" in ihrer Aus= gabe vom 26.Juni entschieden: "Während alle möglichen und unmöglichen Partei= strategen die Union zum Nutzen Schönhu= bers in Strategiedebatten verstricken, verfährt Schäuble nach der Devise: Reden ist Silber, Handeln ist Gold. Immer deut= licher werden die Konturen einer neuen, aussichtsreichen Asylkonzeption".

Egal, ob der Plan Schäubles verwirklicht wird; er lebt von dem selben Rassismus, auf den sich auch die REP stützen: Aus= länderInnen und Flüchtlinge sind keine vollwertigen Menschen, sie haben kein An= recht auf korrekte Löhne, auf soziale Versorgung oder gar politische Rechte. Ginge es nach diesen Herrn, müssten die Flüchtlinge auch noch dankbar sein, als Arbeitstiere eingesetzt zu werden.

REP haben die Nase vorn

Im rechtsextremistischen Lager der Bun= desrepublik hat sich mit dem Ergebnis der Europa-Wahl zunächst auf absehbare Zeit



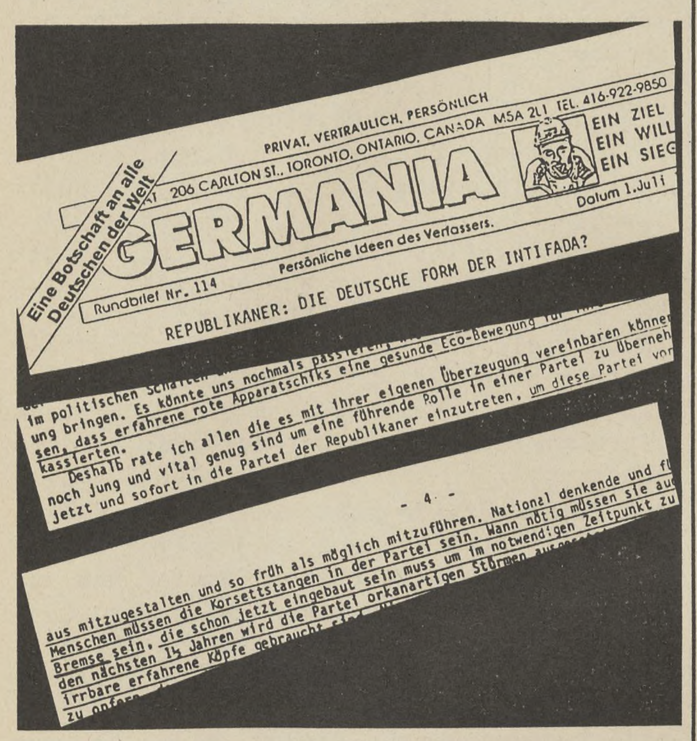
die Schönhuber-Partei gegen NPD und DVU durchgesetzt. Schönhuber konnte es sich sogar leisten, bei seiner Abschluß-Wahl= veranstaltung in München 5.-DM Eintritts= geld zu nehmen. Die politische Aus= schlachtung des REP-Erfolges können wir zur Zeit beobachten (s.u.).

NPD und DVU, zusammengeschlossen im Wahl-Bündnis DVU - Liste D, erreichten bundes= weit 1,6% der Stimmen; dieses Ergebnis blieb weit hinter den (geschürten) Erwar= tungen zurück. Die Presse von DVU-Nazi Frey und NPD befasst sich denn auch erst auf hinteren Seiten mit der Europawahl. Trotzig die einen: "NPD: Weiter für Deu= tschlands Wiedergeburt" (Deutsche Stimme 7/89), eher abwartend die andern: "Deut= sche Rechte: Wie geht's weiter?" (Deut= sche Wochenzeitung 27/89 vom 3o.6.89). Diese Organisationen hoffen, daß im Laufe der nächsten Zeit ein Teil der REP-Wäh= lerInnen zu ihnen hinüberwechseln wird. Ob das eine realistische Erwartung ist, bleibt abzuwarten. Vermutlich wird das Ergebnis zunächst mal jene in der NPD stärken, die bereits seit langem gegen's Bündnis mit der DVU sind; etliche NPD'ler - etwa der sehr aktive Ex-Vorsitzende der Konstanzer NPD, Torsten Paproth - ha= ben die Partei bereits verlassen.

Die gewalttätige FAP erhielt bei der Wahl etwa 2oooo Stimmen - erschreckend viel, da dies die zunehmende Gewaltbereit= schaft im neofaschistischen Lager deut= lich macht. In der Juni-Ausgabe der Zeit= schrift "INDEX" (Zeitung der von Ex-FAP-Leuten für Hamburg gegründeten "Nationa= len Liste") heißt es angesichts des "mi= nimalen personellen und finanziellen Re= servoirs" sei es trotzdem gelungen, "ein paar tausend Wähler zu mobilisieren".Und: "Wer heute Republikaner wählt, wählt mor= gen DVU oder NPD und übermorgen die wirk= lich revolutionär-oppositionellen Natio= nalisten!"

Zunächst jedoch entfalten die REP's eine ziemlich große Anziehungskraft auf Neo= faschisten und Reaktionäre aller Richtun= gen. Aus der ÖDP bspw. sind in letzter Zeit viele Funktionäre zu den REP gewech= selt; genannt sei hier etwa der ehemalige Landesvorstand in Niedersachsen. Und Til= man Ziegler, früher ÖDP-Kreisvorsitzender in München, durfte in der Juli-Ausgabe der REP-Parteizeitung ausführlich darle= gen "weshalb 'konservative' Ökologen zu den REPUBLIKANERN kommen" (7/89, S.4). Und aus Kanada fordert der bundesdeutsche

Faschist Ernst Zündel in seinem 114.Rund=brief "GERMANIA" dazu auf, "sofort in die Partei der Republikaner einzutreten, um diese Partei von innen heraus mitzuge=stalten und so früh als möglich mitzufüh=ren." Zündel ist bekannt für seine anti=semitischen Hetzschriften und seine guten Kontakte zur gewalttätigen Nazi-Szene der Bundesrepublik.


Eine Botschaft an alle Deutschen der Welt
PRIVAT, VERTRAULICH, PERSÖNLICH
206 CARLTON ST., TORONTO, ONTARIO, CANADA M5A 2L1 TEL. 416-922-9850
GERMANIA
EIN ZIEL
EIN WILL
EIN SIEG
Rundbrief Nr. 114
Persönliche Ideen des Verfassers.
Datum 1.Juli

REPUBLIKANER: DIE DEUTSCHE FORM DER INTIFADA?

im politischen Schatten ... nochmals passieren, ... gesunde Eco-Bewegung für ...
ung bringen. Es könnte uns nochmals passieren, ... eine gesunde Eco-Bewegung ...
sen, dass erfahrene rote Apparatschiks eine gesunde ...
kassierten.
Deshalb rate ich allen die es mit ihrer eigenen Überzeugung vereinbaren könne...
noch jung und vital genug sind um eine führende Rolle in einer Partei zu Überneh...
jetzt und sofort in die Partei der Republikaner einzutreten, um diese Partei von...

- 4 -

aus mitzugestalten und so früh als möglich mitzuführen. National denkende und f...
Menschen müssen die Korsettstangen in der Partei sein. Wann nötig müssen sie au...
Bremse sein, die schon jetzt eingebaut sein muss um im notwendigen Zeitpunkt zu...
den nächsten 1½ Jahren wird die Partei orkanartigen Stürmen ausgesetzt ...
irrbare erfahrene Köpfe gebraucht sind ...
zu opfern ...

NEONAZIS und KARRIERISTEN

Dies ist freilich keine neue Entwicklung: ob im Landesverband Nordrhein-Westfalen (vgl. blick nach rechts 1o/89, S. 8 f.), ob in Niedersachsen (vgl. die Auseinan=dersetzungen um den Vorsitzenden Ex-NPD-Mann Markgraf in der Tagespresse) oder in Schleswig-Holstein (vgl. Artikel in die=sem Heft), Faschisten gibt's bei den REP schon mehr als genug.

Schönhuber ist sich der Gefahr, daß die REP von breiten Kreisen der Bevölkerung als neofaschistisch erkannt und behandelt werden, durchaus bewußt. Nicht umsonst grenzt er sich verbal deutlich ab. Nicht umsonst arbeitet er an einer Änderung des Programms: noch glatter, noch weniger verfänglich soll es werden.

Bei dem Bemühen, den Ruch des Faschismus los zu werden, half ihm direkt nach der Wahl zunächst die BILD-Zeitung. Am 2o. Juni konnte er sein "demokratisches Män=telchen" millionenfach ausbreiten.

Anfang August diskutierten Schönhuber und der SPD-Spitzenmann Glotz seitenlang in der "WELT". Na, wenn schon die SPD mit dem redet.... werden da viele denken,dann kann's ja nicht so schlimm sein.

Außer mit dem Bild, daß seine Partei in der Öffentlichkeit macht, muß Schönhuber sich auch noch mit Karrieristen rumschla=gen. Die kann er nur gebrauchen, wenn sie in der "Führer-Partei" nach seiner Pfeife tanzen. Aber 16 Millionen DM Wahlkampf=kostenerstattung sind nun mal eine ganze Menge; und so werden die Fälle, in denen REP-Mitglieder Geld unterschlagen und der Pfründe wegen Machtkämpfe ausgetragen werden, in Zukunft eher zunehmen. Ob dies der Partei schaden wird, bleibt abzuwar=ten. In Westberlin konnte sich der bis=herige Vorsitzende Andres immerhin gegen seinen Herausforderer Pagel behaupten. Und in Hannover wurde der Hauptkommissar Werner Rieb zum Kreisvorsitzenden ge=wählt; der ist seit etlichen Monaten vom Dienst befreit, da gegen ihn wegen Straf=vereitelung und Betrug ermittelt wird.

Die 16 Millionen brauch Schönhuber nicht nur zur Begleichung der im Wahlkampf an=gefallenen Kosten. Trotz des flächendeck=enden Wahlerfolgs fehlt in weiten Teilen der Bundesrepublik eine Parteistruktur,



die es den REP erlauben würde, das Wäh=lerpotential auch organisatorisch enger an sich zu binden. Dies ist der nächste Schritt bei der Entwicklung dieser neo=faschistischen Partei: die WählerInnen und Mitglieder umfassender politisch zu beeinflussen - dazu ist im Gespräch, die Parteizeitung wöchentlich herauszuge=ben; möglichst viele neue Mitglieder zu gewinnen und flächendeckend Stützpunkte und Kreisverbände zu errichten sowie - und davon dürfte die Festsetzung der REP auf Dauer stark abhängen - die Schulung oder Gewinnung politisch geschulter Funk=tionäre, die in der Lage sind, in den parlamentarischen Gremien die rechtsex=tremen Inhalte offensiv zu vertreten.

Ist der Spuk in ein paar Jahren wieder vorbei ??

Bis vor kurzem mochten sich viele noch mit Gedanken trösten, daß auch der Auf=schwung der NPD Ende der 60er Jahre von kurzer Dauer war. Doch diese Hoffnung ist gefährlich und trügerisch.

Damals war der Auslöser der erste schwere Konjunktureinbruch der Nachkriegsge=schichte, der Verunsicherung und Angst erzeugte. Heute finden neofaschistische Parteien zunehmend Anklang in einer wirt=schaftlichen Aufschwungphase, bei der dem Kapital satte Gewinne beschert werden und gleichzeitig soziale Spannungen und Unzu=friedenheit geschaffen werden. Die rich=tet sich vor allem gegen die Konservati=ven, die zudem seit Jahren mit der Ver=breitung von Rassismus und Nationalismus den Boden für die gegenwärtige Entwick=lung bereitet haben.



Rassistisches Gedankengut - um ein Bei=spiel zu nehmen - ist in den letzten Jahren dermaßen in die Köpfe der Menschen transportiert worden, daß auch die Ablö=sung der CDU/CSU aus der Regierungsver=antwortung kaum dazu beitragen dürfte, daß die rechtsextremen Parteien in den Zustand der Bedeutungslosigkeit zurück=fallen. Zudem bewegen sich diese Organi=sationen in einem für sie günstigen poli=tischen Klima mit einer modernisierten Form faschistischer Politik. Diese grenzt sich vom historischen Nationalsozialismus ab und versucht stattdessen, aktuelle Themen, die für viele Menschen große Be=deutung haben, zu besetzen (z.B. Ökolo=gie, AIDS). Dabei versucht sie sich zudem einen wissenschaftlichen Anspruch zu ge=ben.

Aus diesem Grunde geht auch jene Ansicht in die Irre, die einen eindeutigen Zusam=menhang zwischen Wirtschaftskrise und An=wachsen des Rechtsextremismus vermuten. Die Ursachen sind wesentlich komplexer. Darauf deuten schon die ersten Analysen der REP- und NPD-WählerInnen hin. Eindeu=tige Zusammenhänge lassen sich da nur sehr selten finden. Denn ein großer Teil der Wähler und Mitglieder der REP bspw. befindet sich ganz sicher nicht in einer direkten sozialen Notlage. Es sind oft Staatsbedienstete, der Polizei vor allem, wie auch der Post und des öffentlichen Dienstes, die in beträchtlichem Umfang den Rechtsextremen ihre Stimme geben.

Der Kampf gegen die seit einigen Jahren offensiver und erfolgreicher auftretende Rechte kann von der noch schwachen anti=faschistischen Bewegung so wie bisher nicht mit Erfolg geführt werden. So wich=tig Demonstrationen sind, um den Rechten zu zeigen, daß eine Gegenkraft vorhanden ist, so wenig reicht dies. Der nicht ent=schlossen geführte Kampf der ArbeiterIn=nenbewegung gegen die sozialen Ver=schlechterungen und der Niedergang der Linken begünstigen den Aufschwung der Alt- und Neonazis. Dies ist genausowenig innerhalb kurzer Zeit zu ändern wie das rassistisch geprägte Klima in der Bundes=republik. An die Lösung beider Aufgaben muß jedoch sofort mit zäher Geduld gear=beitet werden.

Neofaschisten verbuchen Erfolge

Gegenüber dem Bundesdurchschnitt von 7.1% der Stimmen für die REP haben in Kiel 5% diese Partei gewählt. Das ist etwas über dem Landesdurchschnitt von 4.6%. Bei der ebenfalls neofaschistischen DVU-Liste D verhält es sich umgekehrt: den 1.3%, die landesweit erreicht wurden, stehen in Kiel o.9% gegenüber.

Die Tabelle gibt die Ergebnisse der Europawahl für die Kieler Stadtteile wieder. In Mettenhof, Wellsee, Gaarden, Ellerbek/Wellingdorf und Neumühlen/Dietrichsdorf haben deutlich mehr WählerInnen die REP und andere rechtsextreme Parteien gewählt als anderswo in Kiel.

Gestützt auf die Auswertung der einzelnen Wahlbezirke lassen sich die Hochburgen von REP und DVU noch genauer angeben:

Wahlbezirk	REP	DVU
Annenstrasse	5.4	2.o %
Heider Strasse	6.4	1.3 %
Woltersweg	7.7	o.5 %
Moorkamp	7.4	o.7 %
Kleist-/Fichtestrasse	5.7	3.3 %
Kant-/Nietzschestrasse	6.o	1.3 %
Jugendherberge Gaarden	7.9	o.9 %
Jäger-/Augustenstrasse	8.2	1.4 %
Stosch-/Pickertstrasse	6.6	2.4 %
H.-Chr. Andersen-Schule	4.9	3.8 %
Vinetaplatz	8.1	1.2 %
Greifstrasse	6.1	1.8 %
F.-Nansen-Schule	7.4	o.9 %
Hohwachter Weg	8.8	o.9 %
Kronsburg	7.4	o.1 %
Hornheimer Weg	5.o	2.7 %
Am Sandberg	6.3	1.8 %
Buchholtzstrasse	6.9	o.2 %
August-Sievers-Ring	7.7	2.2 %
Th-Storm-Schulen	8.9	2.3 %
Seefischmarkt	6.4	1.8 %
Lilienthalstrasse	7.1	1.1 %
Hermannstr./Georgstrasse	8.5	o.2 %
Eichenbergskamp	6.8	1.3 %
Klagenfurter Weg	6.7	1.5 %
Stockholmstrasse	6.6	1.o %
Esbjerg-/Aarhus-Strasse	6.5	1.6 %
Viborgweg/Randersstrasse	12.3	o.8 %
Göteborgring	9.9	o.8 %
Osloring	7.4	o.8 %
Drammenweg	7.7	1.8 %
Barkauer Strasse	9.o	o.9 %

(Die Ortsangaben bezeichnen nur grob den Wahlbezirk; die benachbart liegenden Wege und Strassen sind mit einzubeziehen.)

Auch in Kiel gibt es also Wahlbezirke mit deutlich mehr als 1o% Stimmenanteil für neofaschistische Parteien. Wie im Bundesgebiet haben auch hier die REP die Nase vor der DVU. Lediglich in der Gegend ums Strassenbahndepot der KVAG erreichte die DVU 2.4% und damit o.3% mehr als die REP.

In absoluten Zahlen liest sich das Ergebnis so:

REPUBLIKANER	5199
DVU-Liste D	986
ÖDP	235
FAP	42

Für die FAP in KIel gilt, daß sie außer von ihren Mitgliedern und vermutlich deren Familienangehörigen kaum Stimmen gewinnen konnten.

Ergebnisse der Europa-Wahl 1989 im Stadtgebiet

	Wahlbeteiligung	CDU	SPD	Grüne	F.D.P.	REP	Sonstige
Brunswik*	48,7	27,9	46,5	13,8	5,9	3,9	1,9
Damperhof*	45,7	28,9	46,7	13,1	5,3	4,1	2,0
Hassee*	46,8	28,7	52,0	8,7	4,2	4,4	2,2
Schrevenpark*	46,4	25,4	51,3	13,3	4,1	4,0	1,9
Wellsee*	52,6	31,6	49,7	7,1	3,7	6,5	1,3
Wik*	47,7	31,8	48,2	7,8	5,1	5,3	1,5
Düsternbrook	50,1	46,3	24,5	8,4	15,0	4,3	1,4
Ellerbek/Wellingdorf	47,8	22,9	61,2	4,7	3,2	5,9	1,8
Elmschenhagen	47,2	23,4	59,6	6,1	3,8	5,1	2,0
Gaarden	43,1	24,6	55,1	8,6	3,0	5,9	2,6
Hasseldieksdamm	51,7	31,8	46,2	7,9	6,3	5,1	2,9
Holtenau	50,4	33,5	46,7	6,3	5,9	5,7	1,7
Mettenhof	43,8	25,4	57,3	5,3	2,9	6,7	2,2
Neumühlen/Dietrichsdorf	47,5	18,8	66,6	4,0	2,5	5,8	2,2
Pries/Friedrichsort	49,9	25,9	58,8	5,9	3,3	4,0	2,1
Schilksee	52,1	29,3	47,8	8,4	8,5	4,1	1,7
Suchsdorf	49,5	28,0	54,0	7,0	5,4	4,1	1,6
Briefwähler	—	32,5	42,5	11,3	6,0	5,4	2,1
Stadtgebiet	**54,9**	27,7	51,4	9,1	4,7	5,0	1,9

* Brunswik mit Ravensberg, Blücherplatz, — * Damperhof mit Exer, Altstadt, Vorstadt — * Hassee mit Russee, Hammer — * Schrevenpark mit Südfriedhof — * Wellsee mit Kronsburg, Meimersdorf, Moorsee, Rönne — * Wik mit Steenbek, Projensdorf

aus: Kieler Nachrichten vom 2o.6.89



MELDUNGEN

Polizisten feiern Hitlers Geburtstag

Erst Ende Juli wurde bekannt, daß vier Beamte der Eutiner Bereitschaftspolizei am 2o.April 1989 den loo.Geburtstag Adolf Hitlers gefeiert hatten. Sie trugen dabei nicht nur Hakenkreuz-Armbinden, sondern hatten sich auch eine aus Kissen und Stroh gefertigte Puppe mitgebracht. Diese war mit Hilfe eines Judensterns eindeutig als "Jude" gekennzeichnet; während der Feier wurde diese Puppe mißhandelt. Ange= sichts dieser planmäßigen Vorbereitung sind die Ausreden dieser Neonazis, sie seien betrunken gewesen, einfach lächer= lich.

Zur Zeit üben die Beamten auf Anweisung des Landesinnenministers Bull ihren Beruf nicht aus.



KN Mittwoch, 26. Juli 1989 – Nr. 171

Schleswig-Holstein · Hamburg 5

Polizisten feierten „Deutsche Party" mit Hakenkreuz und Hitlerbild

Kiel/Lübeck – Schleswig-Holsteins Innenminister Hans Peter Bull (SPD) hat vier Beamte der Bereitschaftspolizeiabteilung Eutin wegen einer „Hitler-Feier" mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Die Lübecker Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die Beamten wegen des Verdachts der Gewaltdarstellung, Aufstachelung zum Rassenhaß sowie des Verdachts der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Wie die Behörden den KN gestern bestätigten, fand die „Feier" offenbar aus Anlaß des 100. Geburtstags von Adolf Hitler (20. April) in der Privatwohnung eines der Beamten in Klinkberg (Kreis Ostholstein) statt. Zu den Teilnehmern gehörte nach Angaben der Staatsanwaltschaft auch eine nicht volljährige Person.

Grundlage der Ermittlungen sind Fotos der von den Verdächtigen als „Deutsche Party" bezeichneten Veranstaltung. Das Bildmaterial war der Staatsanwaltschaft „von dritter Seite" zugespielt worden. Abgebildet sind drei der Verdächtigen, vor einem mit dem „Judenstern" und der Aufschrift „Arbeit macht frei" versehenen Transparent. Die Polizeibeamten hätten sich auch „in Nazi-Gesten gefallen und Nazi-Kennzeichen getragen", sagte der Leiter der Lübecker Staatsanwaltschaft, Joachim Böttcher, den KN.

Auf den Fotos sei außerdem zu erkennen, daß auf der Party Armbinden mit dem Hakenkreuz und ein T-Shirt mit dem Bildnis Adolf Hitlers getragen wurden. Judensterne, Schaftstiefel, und Stahlhelme seien bei einer Durchsuchung in den Wohnungen der Beamten sichergestellt worden, sagte Böttcher.

Bull habe die Beamten nach Bekanntwerden des Vorfalls Mitte Juli sofort vom Dienst suspendiert. Außerdem seien disziplinarische Schritte eingeleitet worden, sagte Ministeriumssprecher Thomas Giebeler. Bull sei entschlossen, „mit aller disziplinarischen Härte gegen solche rechtsextremistischen Exzesse durchzugreifen".

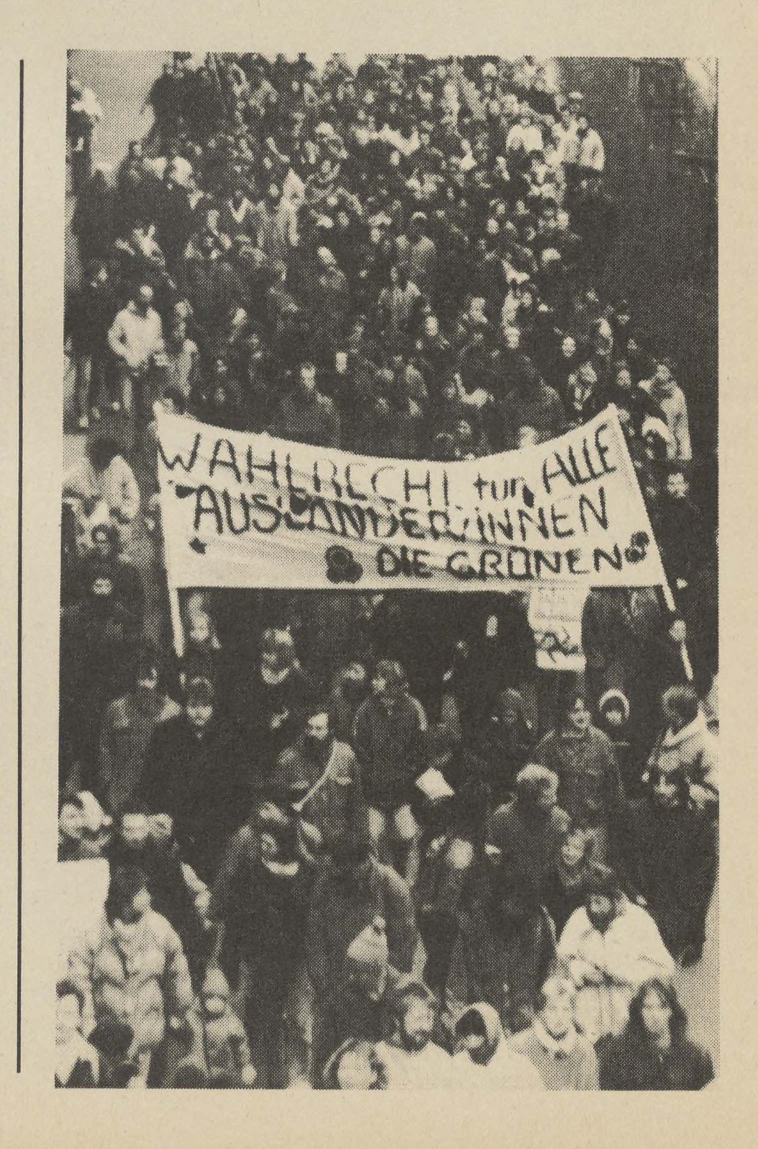
PETER HOVER

Hoffmann entlassen

Mitte Juli 1989 wurde Karl-Heinz Hoff= mann nach sechseinhalb Jahren Haft ent= lassen. Seine Reststrafe von knapp drei Jahren wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Hoffmann war Chef der 198o verbotenen "Wehrsportgruppe Hoffmann" und blickt auf eine lange faschistische Karriere zurück. Die seit 1974 paramilitärische Ausbildung betreibende WSG hatte ihren Sitz auf dem Schloß Hoffmanns. Mitglieder dieser am längsten existierenden WSG machten nicht nur als brutale Ordnertruppe für die NPD von sich reden, sondern waren auch am sog. "Oktoberfestattentat" in München be= teiligt, bei dem 198o 13 Menschen starben und über 2oo schwer verletzt wurden.

Obwohl die Beweise erdrückend waren, wur= de Hoffmann auch nicht für den Doppelmord an Shlomo Levin und Frieda Poeschke ver= urteilt, den das WSG-Mitglied Behrendt beging. Spielte dabei eine Rolle, daß die WSG von mehreren Verfassungsschutzbeamten durchsetzt war? Oder waren die guten Ver= bindungen Hoffmanns zu Polizeidienststel= len in Nürnberg und Ansbach, wo im Sommer das Verschwinden von knapp loo Schuß Ma= schinenpistolenmunition (identisch mit derjenigen des Doppelmordes) vertuscht wurde, wichtiger ??



Wie taktisch ist der Antifaschismus der SPD?

Mitte Juli sorgte ein SPD-Strategiepapier zum Umgang mit rechtsextremen Parteien für Schlagzeilen. Es wurde Anfang Dezember 1988 fertig gestellt und betont die großen Chancen der SPD bei den kommenden Bundestagswahlen stärkste Partei zu werden, wenn eine rechtsextreme Partei über 5% der Stimmen bekommt. Sollte die CDU/CSU mit dieser faschistischen Partei nicht koalieren, so ergebe sich gar die Chance zur Übernahme der Regierungsverantwortung. Um dies zu erreichen, sei eine Taktik vonnöten, die die CDU/CSU in ihrem gegenwärtigen Dilemma gefangen halte. Dieses bestehe darin, daß sie sich teilweise von REP und DVU abgrenze, teilweise jedoch "sprachliche und politische Zugeständnisse" an die Rechtsextremen in der Hoffnung mache, die WählerInnen zurückzugewinnen. Eine solche Taktik der SPD werde "die Chancen der Rechtsextremen bei den Europawahlen steigern". Und das ist der Kern des SPD-Papiers: keine entschiedene Bekämpfung des Neofaschismus, weil er die CDU/CSU in ihrer Mehrheitsfähigkeit schwächt und die SPD stärkt.

Mehr als nur ein Diskussionspapier !!

Nach dem Bekanntwerden dieser Ausarbeitung hatten führende SPD-PolitikerInnen nichts Eiligeres zu tun als seine Bedeutung zu verharmlosen. Es sei vom Präsidium der Partei gar nicht beraten worden, so Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs. Daß es jedoch bis dort gelangen konnte und auch nur ein Teil der Mitglieder dieses Gremiums sofort und entschieden der Richtung dieses Papiers widersprachen, macht deutlich, daß die darin zum Ausdruck kommende Ansicht in der SPD recht weit verbreitet ist.

In Schleswig-Holstein reichte die SPD-Fraktion im Landtag im November 1988 eine detaillierte Große Anfrage zum Rechtsextremismus im Landtag ein. Bis heute die SPD-Landesregierung es nicht für nötig gehalten, diese zu beantworten. Angesichts des enormen Aufschwungs der Rechtsextremisten kann so etwas nicht mit "all den anderen wichtigen Dingen, die zu tun sind" entschuldigt werden. Ob da nicht eher der politische Wille fehlt....?

Anlaß zu einer solchen Vermutung gibt darüberhinaus ein Positionspapier des SPD-Landesgeschäftsführers Werner Kindsmüller. Es ist in der Juli-/August-Ausgabe der Zeitung der Kieler Jungsozialisten, "Rotkielchen", abgedruckt. Dort heißt es unter Punkt 6: "Machen wir DVU, NPD und Republikaner nicht zu Märtyrern. Wer ihre Veranstaltungen stört, wer die rechtsextremen Parteien erkennbar schikaniert, festigt das Band zwischen Partei und Wähler.... Jede Störung bedeutet darüber hinaus medienmäßig eine Aufwertung der rechtsextremen Parteien." Und daher empfiehlt Kindsmüller:

- keine Unterstützung von Störveranstaltungen,
- keine kleinlichen und rechtlich nicht haltbaren Schikanen durch Verwaltungen;
- keine rechtlich nicht haltbaren Ablehnungen von Parteien in Wahlausschüssen,
- keine Verbotsanträge außer da, wo die Partei oder Organisation eindeutig gegen das Grundgesetz arbeitet". Und er schließt diesen Punkt mit der Aufforderung, diese Position "offensiv" "in der Partei und innerhalb der Linken" zu diskutieren, "um zu einem einheitlichen Vorgehen zu gelangen."

Dem Landesgeschäftsführer geht es also darum, die SPD auf Linie zu bringen. Ginge es nach ihm, so sollen Anträge wie die von SPD und GRÜNEN im Mai 1989, den Neofaschisten von NPD, DVU-Liste D, FAP und REP keine Werbeflächen zur Verfügung zu stellen, in Zukunft nicht mehr die Unterstützung der Sozialdemokraten erhalten. Auch den Bemühungen des Kieler Antifaschistischen Bündnis, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit Verantwortlichen dieser Stadt z.B. das Verbot der Raumvergabe an Faschisten festzuklopfen, will er damit einen Riegel vorschieben.

Doch damit nicht genug: Kindsmüller will jenen wichtigen Teil der AntifaschistInnen isolieren, die praktische Verhinderungsaktionen, z.B. Blockaden, für e i n Mittel im antifaschistischen Kampf halten. Ihm zur Seite trat im Rahmen einer Landtagsdebatte Innenminister Bull mit der Bemerkung: "So richtig der Protest gegen die Extremisten ist, so falsch ist es, sich dabei zu rechtswidrigem Handeln oder gar Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen" (Landtag 6/89, S.3).

Offensichtlich hat Bull aus der Geschichte genau so wenig gelernt wie die Autoren der obigen Studie: Verharmlosung und un=

bedingter Gesetzesgehorsam haben schon den Aufstieg der NSDAP nicht verhindern können.

Worte und Taten

Dabei wäre es für die Bekämpfung und Eindämmung des anwachsenden Neofaschismus sehr nützlich, wenn sich die SPD einen wichtigen Grundpfeiler des Antifaschismus zu eigen machen würde: Faschisten haben keine demokratischen Rechte!!

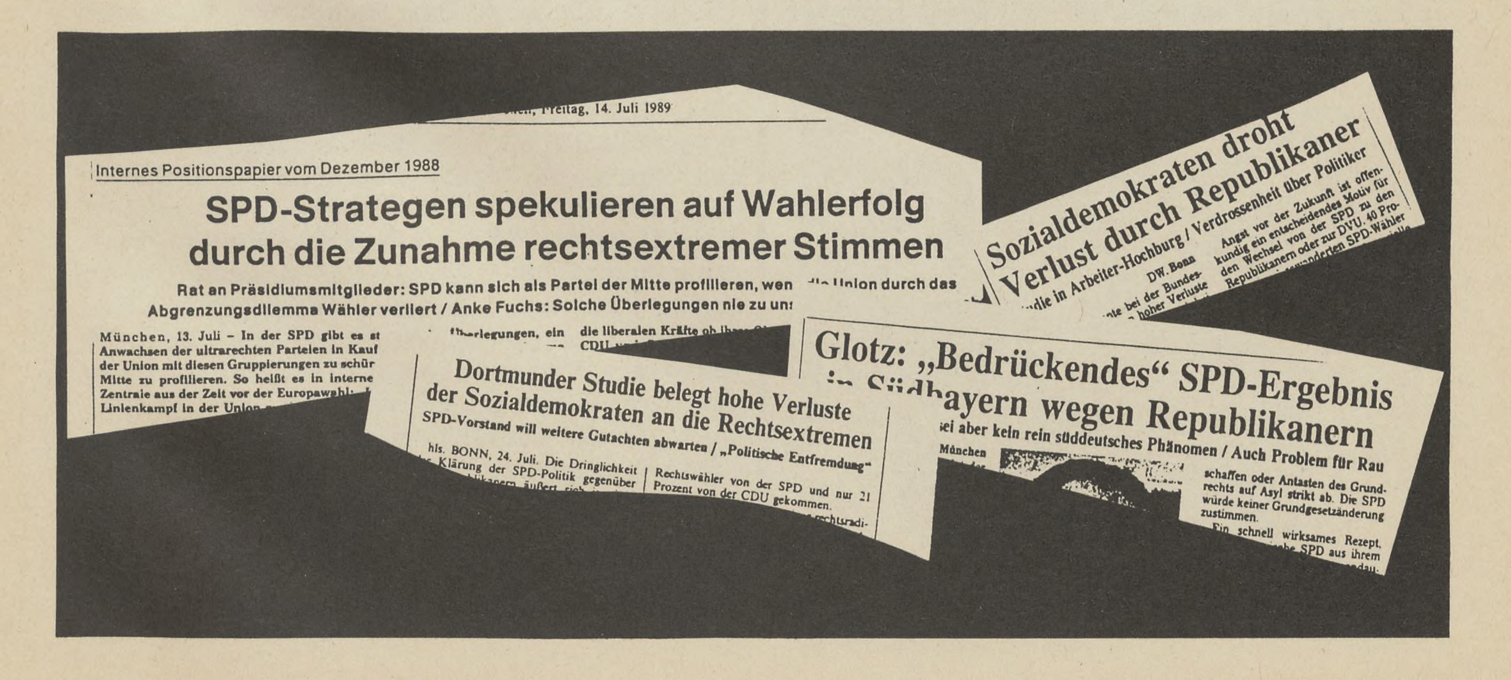
In diesem Punkt sollte sich die SPD ein Beispiel am stellvertretenden Vorsitzenden der IG Medien, Detlef Hensche, nehmen. Er schrieb in der "feder" vom Juli u.a. "Die SPD setzt auf inhaltliche Auseinandersetzung. Eine Politik der radikalen Ausgrenzung mit der Konsequenz des Parteienverbots steht nicht zur Debatte. Die Träger einer explizit ausländerfeindlichen und nationalistischen Politik werden hingenommen.Sie erhalten stillschweigend ihren Platz im Rahmen der parlamentarisch demokratischen Auseinandersetzung. Die Alternative läge stattdessen in der Besinnung auf die antifaschistischen Wurzeln .... Faschistische und faschistoide Parteien sind verboten. Nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Verbrechensherrschaft war diese Abgrenzung zur vorhergehenden Periode unserer Geschichte geradezu unausweichlich. Wer dies ernst nimmt, muß ein Wiederaufleben faschistoider Politik radikal bekämpfen, auch durch Verruf und Tabuisierung". Ganz anders wie wir gesehen haben sieht das die SPD.

Die SPD setzt den eigenen Verlautbarungen zufolge auf die "politische Auseinandersetzung". So äußerte sich Ende April nicht nur der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag Penner, sondern so steht es auch im Papier von Kindsmüller: "Die SPD muß die argumentative Auseinandersetzung mit den Vorurteilen gegen Ausländer, Aussiedler und Asylbewerber aufnehmen." Schöne Worte, gewiß. Wer aber wie z.B. der SPD-Fraktionschef im Düsseldorfer Landtag Friedhelm Farthmann meint, Rassismus und Nationalismus "bekämpfen" zu können, indem deutlich gemacht werde, daß die SPD zu "emotionalen Werten wie Heimat, Vaterland und dem Wunsch nach Wiedervereinigung" stehe (Die WELT vom 26.Juli 1989), der wird kaum glaubhaft den Antifaschismus auf seine Fahnen schreiben können.

"Ursachenbekämpfung" a lá SPD

In Untersuchungen der SPD zum aufkommenden Rechtsextremismus findet sich gewöhnlich auch die Forderung, die Ursachen für die Wahlentscheidungen vieler Menschen zugunsten faschistischer Parteien müssten erkannt und verändert werden. Abbau des Sozialstaats, zu kleine, zu wenig und zu teure Wohnungen.... das sind die meist genannten und zweifellos richtigen Aspekte.

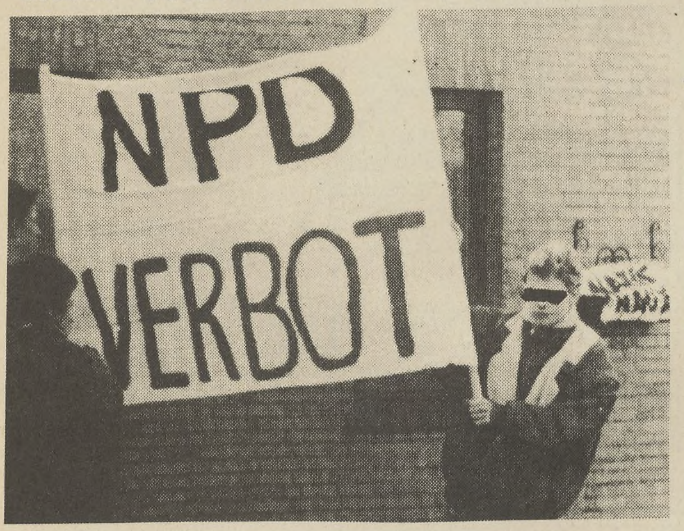
Verschiedene Untersuchungen und Berichte der letzten Wochen (PANORAMA vom 25.7.89; FORSA-Studie im Norden Dortmunds) haben nun auch der SPD deutlich gemacht, daß viele Menschen, die ihre Interessen bis vor kurzem noch durch die SPD vertreten sahen, bei den letzten Wahlen den REPUB=



LIKANERN ihre Stimme gaben. Sie wohnen nicht selten in genau jenen Neubaubereichen, die die SPD einst als sicherste Garantie ihrer Herrschaft betrachtete. Sie stellen einen Teil der Bevölkerung dar, den die SPD in den 6oer Jahren im Namen des Fortschritts und der Bauwirtschaft aus den Altbauvierteln herausgetrieben und in die Trabantenstädte und Sanierungsgroßbauten umgesetzt hat.

Kindsmüller notiert unter Punkt 7 seines "Positionspapiers" u.a.: "Die Grundlage für die Zustimmung von DVU, NPD und Republikanern kann nur langfristig entzogen werden ..... Einsetzen einer sozialpolitischen Kommission ..... Thematisierung der Probleme des Wohnungsbaus ... jugendpolitische Diskussion". Was sich hinter diesen Stichworten an t a t s ä c h l i c h e r Politik verbirgt, muß jedoch eher mit großer Skepsis beobachtet wer=

politische Diskussion". Bedeutet dies etwa, daß die SPD in Zukunft die Interessen aller - deutschen und ausländischen - Lohnabhängigen entschieden gegen das Kapital vertreten will und daß sie gesellschaftliche Gegenmacht gegen Rassismus und Großmachtstreben mobilisiert ?? Wohl kaum; das wäre nicht die real existierende Sozialdemokratie, die - so z.B. Farthmanns Wunsch - mehr Rücksicht nehmen müsse auf das Fortschrittstempo der Bürger. Was bleibt da noch vom Antifaschismus der SPD ?? Die Beweislast, daß es ihr dabei um mehr als wahl- und machttaktisches Kalkül geht, muß jedenfalls die SPD erbringen !!



NPD'ler überfällt SPD-Info-Stand

Mit einer einen Meter langen Eisenstange verprügelte ein NPDler in Hainburg bei Offenbach den 56jährigen Bauingenieur Andreas Kaps. Während SPD-Mitglied Kaps am 16.Juni an einem Infostand Prospekte zur Europawahl an Passanten verteilte, stürzten aus einem Lokal zwei Männer auf den Stand zu und provozierten ein Handgemenge. Es setzte Faustschläge. Ein Sonnenschirm und ein Tisch mit Werbematerial gingen in die Brüche. Als Kaps sich nach den Prospekten bückte, schlug ihm der 26-jährige nach Augenzeugenberichten betrunkene NPD-Mann mit der Eisenstange auf den Kopf. Kaps erlitt eine Gehirnquetschung und innere Blutungen und mußte mit lebensgefährlichen Verletzungen auf die Intensivstation eingeliefert werden.

Die Polizei ermittelt gegen den Nazi wegen versuchten Totschlags. Der Täter ist nach vorläufiger Festnahme wieder auf freiem Fuß. (aus: metall 13/89, 3o.6.89)

Nazi-Werbung in den KN

Aufmerksamen LeserInnen der "Kieler Nachrichten" wird in den letzten Monaten wohl kaum entgangen sein, daß das Blatt Werbung für Faschisten macht. Anfang Juni etwa konnten sich die REPUBLIKANER gleich zwei Mal in gut plazierten Anzeigen mit ihren rassistischen Äußerungen verbreiten.

Etwa einen Monat vorher hatte der Elektromeister Jürgen Skop Gelegenheit, in einem redaktionellen Artikel über die Auswirkungen des regen Verkehrs auf der Eckernförder Strasse auf seinen Umsatz zu klagen. Nicht uninteressant ist dabei, daß Jürgen Skop zu den eifrigsten Inserenten der neofaschistischen Schülerzeitung LISBETH gehörte, die 1983/84 des öfteren an Kieler Schulen auftauchte. Das Blatt wurde vom "Bund Heimattreuer Jugend" herausgegeben.

Mag in diesem Fall noch Unaufmerksamkeit im Spiel gewesen sein, so fällt es schon erheblich schwerer, dies auch für die Anzeige anzunehmen, die am 2o.Mai 1989 auf der Kleinanzeigen-Seite der KN auftauchte (vgl. Abbildung).

Nicht nur in den "Kieler Nachrichten", auch in den "Lübecker Nachrichten" und im "Holsteinischen Courier", konnte der nach Dänemark geflohene Neonazi Thies Christophersen Werbung für seinen Verlag verbreiten.

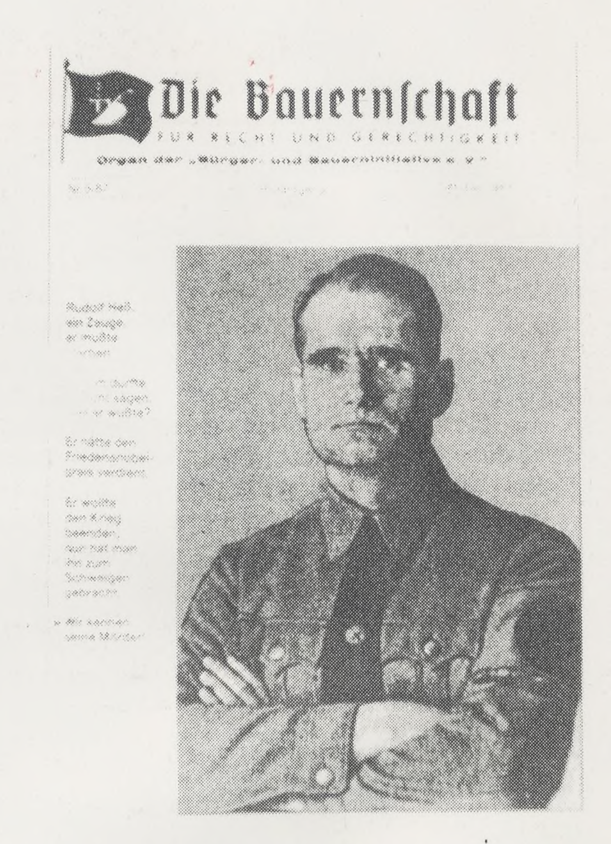
Christophersen war bereits ab 1931 in der faschistischen Bewegung aktiv, später als "Sonderführer" in einem Nebenlager des Vernichtungslagers Auschwitz tätig. Der Mann ist Autor der "Auschwitz-Lüge", in der der Mord an Millionen von Häftlingen geleugnet wird. Er gibt die Zeitschriften "KRITIK" und "Die BAUERNSCHAFT" heraus. In letzterer finden sich häufig Adressen von Höfen, die biologischen Landbau betreiben. Besonders in letzter Zeit sind



darunter auch viele, die mit dem Gedankengut eines Thies Christophersen nichts zu tun haben wollen. Vermutlich ist ihre Adresse einfach irgendwo abgeschrieben worden. Die Tatsache an sich ist jedoch ein weiteres Anzeichen dafür, wie skrupellos Neonazis versuchen, ökologisch gesinnte Menschen für ihre Ziele einzuspannen. Einige der mit Adresse veröffentlichten Bauern und Bäuerinnen erhielten neonazistische Schriften zugeschickt. Der in der Nähe der deutsch-dänischen Grenze in Kollund wohnende Christophersen war einer der ersten Nazis, die diese "bio-rassistische" Linie verkündeten.

Im September 1986 setzte sich Christophersen nach Dänemark ab, um sich einer erneuten Verurteilung zu entziehen. Nachdem seine Aktivitäten dort seit Anfang 1988 - in seinem Pkw war der deutsche Neonazi Uwe Börner tot aufgefunden worden - vermehrt Schlagzeilen machten, ließ der dänische Innenminister prüfen, ob Christophersen auszuweisen sei. Dies wurde im April 1989 verneint. Seitdem kann er sein schmutziges Geschäft von Dänemark aus weiterbetreiben - zumindest von staatlicher Seite ungestört.

Zum Programm des Nordwind-Verlages gehört ein Nachdruck von "Mein Kampf" ebenso wie des "SS-Liederbuches" von 1942. Auch der der FAP zuzurechnende Christian Worch ist mit seinem Werk "Die Schale des Zorns" dabei. Zusätzlich können vierfarbige Hitlerbilder, dänische und norwegische SS-Werbeplakate oder NS-Postkarten bezogen werden.


Die Bauernschaft
FÜR RECHT UND GERECHTIGKEIT
Organ der „Bürger- und Bauerninitiative e. V.“

Rudolf Heß, ein Zeuge er mußte

Er hätte den Friedensnobelpreis verdient.

Er wollte den Krieg beenden, nun hat man ihn zum Schweigen gebracht.

»Wir kennen seine Mörder!

Schließlich weist der Verlag auch darauf hin, daß man sich nicht so sehr aus geschäftlichen, sondern aus ideologischen Gründen mit dem Versand dieser Literatur beschäftigt. Es ist zu vermuten, daß die Werbung in den "Kieler Nachrichten" dem Altnazi Christophersen neue LeserInnen beschert hat. In diesem Fall hätten sich die "Kieler Nachrichten" ein Vorbild an der "Eckernförder Zeitung" nehmen sollen; die weigerte sich nämlich ganz einfach, diesen Anzeigenauftrag anzunehmen.

Abo!

Ein Jahresabo kostet 15.-DM (vier Ausgaben). Schickt Bargeld/Briefmarken an:

"ATZE" Antifaschistische Zeitung
c/o Schweffelstrasse 6
Initiativen-Zentrum
2300 KIEL 1

Die ATZE kann auch abonniert werden!!

Wir wissen von vielen, daß sie die Zeitung nicht regelmäßig bekommen, aber großes Interesse daran haben. All denen empfehlen wir das Abo. Es hilft auch uns, die Berechnung der Auflage zu vereinfachen.

Das Antifa-Plenum Kiel

Das Antifa-Plenum Kiel ist im Frühsom=mer 1987 aus dem Bedürfnis nach ver=besserter Zusammenarbeit unter Kieler AntifaschistInnen entstanden. Diese Zusammenarbeit beinhaltet, die Aktivi=täten der Faschisten zusammenzutragen, auszuwerten und so antifaschistische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Dabei schließen wir bewußt keine Form des antifaschistischen Kampfes aus.

Warum tun wir etwas gegen Faschisten ?

Faschismus ist kein Abschnitt der Ge=schichte, der vergangen ist. Faschis=tisches Ge=dankengut existiert auch heute und findet seinen Aus=druck z.B. in der Pro=paganda von rechtsradi=kalen Par=teien, wie etwa NPD, FAP, DVU, in Übergriffen organisierter Schläger=trupps und einzelnen Nazis (z.B. Skin=heads).

Wir setzen in unserer antifaschisti=schen Arbeit Schwerpunkte, welche die Möglichkeit bieten, praktisch aktiv zu werden und bereits da ansetzen, wo Na=zis sich Räume geschaffen haben, um Versammlungen und öffentliche Veran=staltungen zur Verbreitung ihrer Ideo=logie abzuhalten.

Die praktische Erfahrung hat uns ge=zeigt, daß wir uns nicht auf Staats=schutz und Polizei verlassen können, wenn wir den wachsenden Einfluß von rechtsradikalen Parteien und deren Angriffe auf uns und andere verhin=dern wollen. Faschistische Aktivitä=ten sind keine Ausnahmefälle oder gar Randerscheinungen, sondern stehen im=mer im Bezug zur jeweiligen Gesell=schaftsform, in der wir leben, sowie der jeweiligen Politik, die von den Herrschenden in diesem Land durchge=setzt wird.

Solche Zusammenhänge zeigen sich z.B. zwischen der staatlich betriebenen Ausländer-Vertreibungspolitik und der Hetze faschistischer Gruppen gegen ausländische KollegInnen. Sie lassen sich auch, um noch ein Bei=spiel zu nennen, bei den Wünschen und Forde=rungen nach Rück=holung der ehemaligen deutschen Gebiete in den heutigen Staatsgebieten der DDR, Polens, der CSSR und der Sowjet=union erkennen.

Zusammenhänge bestehen in Form perso=neller und inhaltlicher Verknüpfungen im rechten Lager, die von der FAP bis hin zu konservativen Parteien wie der CDU/CSU reichen. In unserer antifa=schistischen Arbeit berücksichtigen wir auch diese Entwicklungen und neh=men zu ihnen Stellung.

Wir unterstützen andere Gruppen durch Informationsmaterial und Referenten.

Wer Interesse an unserer Arbeit hat oder die Unterstützungsangebote in An=spruch nehmen möchte, ist herzlich willkommen. Wir treffen uns jeden 1. und 3.Sonntag im Monat um 19.oo UHR im Initiativenzentrum in der Schweffelstr. 6 im Hinterhof.